

RheinlandPfalz



Strategiepapier für die Entwicklung der ländlichen Räume in Rheinland-Pfalz



Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Strategiepapier

für die Entwicklung der ländlichen Räume in Rheinland-Pfalz



Die ländlichen Räume in Rheinland-Pfalz haben Vorteile gegenüber Ballungsräumen, denn die Menschen in den ländlichen Räumen identifizieren sich sehr stark mit ihrer Region und finden das vor, was man im positiven Sinne als Heimat betrachtet. Diese Menschen sind auch sehr oft bereit, sich für ihre Heimatregion zu engagieren. Gemeinsam mit rund 1.300 Akteuren wurden daher im Jahre 2007 in fünf Regionalkonferenzen die Herausforderungen für die ländlichen Räume diskutiert und gleichzeitig vielfältige Perspektiven für die Entwicklung der ländlichen Räume aufgezeigt.

Aufbauend auf diesem Ideenfindungsprozess wurde ein Strategiepapier für die Entwicklung der ländlichen Räume in Rheinland-Pfalz entworfen. Es baut vor allem auf den Förderprogrammen der Europäischen Union, des Bundes und des Landes auf.

Die Handlungsansätze aller europäischen Förderprogramme sind in diesem Strategiepapier zusammengefasst. Die besonderen Möglichkeiten dieser Programme sollen mit Hilfe des Strategiepapiers optimal aufeinander abgestimmt und zielgerichtet umgesetzt werden.

Ein erster Entwurf des Strategiepapiers wurde bei einer zusammenfassenden Veranstaltung des Forums Ländlicher Raum am 3. September 2007 in Stromberg vorgestellt. Die Handlungsansätze und Vorgehensweisen fanden eine breite Zustimmung. Ergänzende Ideen wurden eingebracht und das Strategiepapier in der Folge um viele weitere Handlungsansätze ergänzt. Bei der Abstimmung mit den anderen Ressorts wurden die Handlungsansätze vervollständigt und noch besser miteinander verknüpft. Diese Abstimmungen waren ein wichtiger Ergänzungsprozess, denn wenn man Strategien für die ländlichen Räume entwirft, müssen alle Politikbereiche wirksam einbezogen werden.

Das Strategiepapier soll vor allem den Impulsregionen - das sind die Leader-Regionen und die Regionen der Integrierten ländlichen Entwicklung - als Handlungsrahmen für ihre regionalen Entwicklungsstrategien dienen. Ich fordere die Impulsregionen dazu auf, die Entwicklung in ihren Regionen aktiv anzugehen und sich dabei durch das Strategiepapier für die Entwicklung der ländlichen Räume in Rheinland-Pfalz weiter inspirieren zu lassen. Andere Regionen wiederum können lernen, welche Erfolge durch Eigeninitiative in den Impulsregionen erzielt werden können. Lassen sich alle Regionen von den Aktivitäten anstecken, so kann überall in den ländlichen Räumen eine Aufbruchstimmung erzeugt werden.

Das Strategiepapier für die Entwicklung der ländlichen Räume in Rheinland-Pfalz ist nicht als ein statisches Papier zu verstehen. Es soll eine Anregung dazu sein, einen offenen, permanent anhaltenden Entwicklungsprozess in den ländlichen Räumen in Gang zu setzen. Ich möchte Sie daher einladen, wichtige Ideen des Strategiepapiers aufzugreifen und sich gemeinsam in den neu eingeleiteten Entwicklungsprozessen mit an der Zukunftsentwicklung unserer ländlichen Regionen zu beteiligen.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Hering'.

Hendrik Hering

Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 3

Kurzfassung..... 6

I. Einleitung und Analyse 10

1. Anlass, Raum und Grundlagen..... 10

2. Landesentwicklungsprogramm als Ordnungsrahmen 11

3. Ziel des Strategiepapiers 12

4. Der ländliche Raum prägt die Vielfalt von Rheinland-Pfalz 12

5. Merkmale - Stärken und Schwächen..... 13

5.1 Stärken 13

5.2 Schwächen 13

6. Aktuelle und künftige Herausforderungen und Chancen 14

II. Leitbild, Ziele und Handlungsfelder einer Politik für die ländlichen Räume..... 18

1. Leitbild 18

2. Ziele 18

3. Handlungsfelder der Politik..... 19

III. Strategien für die Entwicklung ländlicher Räume 20

1. Ausgewählte Handlungsansätze..... 21

1.1 Land-, Forstwirtschaft und Weinbau 21

1.1.1 Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und Wertschöpfung 21

1.1.2 Wald und Forstwirtschaft als Beitrag für nachhaltige Entwicklung 22

1.2 Erhalt der Kulturlandschaften 23

1.2.1 Erhalt der beiden UNESCO-Welterbestätten..... 23

1.2.2 Erhalt der Weinkulturlandschaften 24

1.2.3 Entwicklung von Kulturlandschaften mit geologischen Besonderheiten..... 26

1.2.4 Offenhaltung von Kulturlandschaften..... 27

1.3 Förderung der Unternehmensentwicklung - Gründungsprozesse 28

1.4 Grundversorgung und Tourismus 29

1.4.1 Grundversorgung mit Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs 29

1.4.2 Tourismusstrategien für den ländlichen Raum..... 30

1.4.3 Flächenmanagement für Tourismus in ländlichen Räumen..... 31

Inhaltsverzeichnis

1.5 Alternative Energieversorgung, Energiemix, Nahwärmeversorgung 32

1.6 Breitbandversorgung in ländlichen Räumen..... 34

1.7 Mobilität durch flexible Nahverkehrssysteme 36

1.8 Machbarkeitsstudien für bedeutsame Vorhaben im ländlichen Raum..... 38

1.9 Gesundheitswirtschaft, altersgerechte Lebenswelten und Familienfreundlichkeit in ländlichen Räumen 39

1.9.1 Gesundheitswirtschaft in ländlichen Räumen..... 39

1.9.2 Neue Wohnformen in einer Gesellschaft des längeren Lebens 39

1.9.3 Stärkung der ärztlichen Versorgung in den ländlichen Räumen..... 40

1.9.4 Netzwerk Familienbildung, Familienfreundlichkeit..... 41

1.10 Gemeindeentwicklung, Flächenkreislaufwirtschaft, Hochwasserschutz..... 42

1.10.1 Innenentwicklung durch Bebauungsplan und/oder Dorfflurbereinigung 42

1.10.2 Strategische Allianzen und Interkommunale Gewerbegebiete 43

1.11 Bildung 44

1.11.1 Ausbau der Berufsorientierung an Schulen 44

1.11.2 Ganztagschulen und E-Learning-Konzepte für den ländlichen Raum 45

2. Neue Planungsansätze und Aktivitäten für die ländlichen Räume 46

2.1 Neue Planungsansätze 46

2.2 Aktivitäten in Impuls-Regionen 48

2.3 Aktuelle Fragestellungen in Impuls-Regionen 50

3. Förderkonzept für den ländlichen Raum..... 51

3.1 Grundsätze 51

3.2 Entwicklungsprogramm PAUL 52

3.3 EFRE 53

3.4 ESF 53

4. Netzwerke und Schulungen..... 54

4.1 Verantwortungsgemeinschaften: Netzwerke, Kooperationen, Plattformen..... 54

4.1.1 Netzwerke 54

4.1.2 Kooperationen 56

4.1.3 Plattformen 58

4.1.4 Arbeitsaufträge an die Dienstleistungszentren Ländlicher Raum 58

4.2 Schulungen..... 60

Weitere Informationsquellen in Rheinland-Pfalz 62

Adressen und Ansprechpartner..... 63

Impressum 64

Kurzfassung

Kurzfassung des Strategiepapiers

Dieses Strategiepapier verfolgt vor allem das Ziel, die ländlichen Räume als eigenständige Lebensräume zu entwickeln, Arbeitsplätze durch Stärkung der Wirtschaftskraft zu schaffen und die örtlichen Versorgungsstrukturen zu sichern und zu verbessern und zur Chancengleichheit aller Bevölkerungsgruppen beizutragen. Dazu soll für die ländlichen Räume eine Politik von unten entworfen werden, die vor Ort ständig weiterzuentwickeln ist.

In fünf Regionalkonferenzen im Jahre 2007 wurden aktuelle und künftige Herausforderungen und Chancen für die ländlichen Räume in Rheinland-Pfalz identifiziert und breit diskutiert. Die dabei herausgearbeiteten Schwerpunkte wurden in diesem Strategiepapier zu konkreten Handlungsansätzen weiterentwickelt.

Ausgewählte Handlungsansätze

Eine wettbewerbsfähige und nachhaltige Landwirtschaft ist die Grundlage eines intakten ländlichen Raumes, da sie einschließlich der ihr vor- und nachgelagerten Bereiche in hohem Maße zur Wertschöpfung in den ländlichen Regionen beiträgt. Für die Entwicklung der **Landwirtschaft und des Weinbaus** sind die Rahmenbedingungen in dem Rheinland-Pfälzischen Entwicklungsprogramm PAUL gesetzt.

Der Wald und die **Forstwirtschaft** erfüllen vielfältige Funktionen und leisten einen wichtigen Beitrag zur Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen. Deshalb soll der Cluster Forst und Holz zielgerichtet weiterentwickelt werden.

Die landesweit bedeutsamen **Kulturlandschaften** in Rheinland-Pfalz sind in ihrer Vielfältigkeit unter Bewahrung des Landschaftscharakters, der historisch gewachsenen Siedlungs- und Ortsbilder, der schützenswerten Bausubstanz sowie des kulturellen Erbes zu erhalten und behutsam weiter zu entwickeln. Sie sprechen als „weiche Standortfaktoren“ breite Kreise von Bevölkerung und Touristen an und bieten der Wirtschaft ein attraktives Arbeitsumfeld.

Der Erhalt des **Steillagenweinbaus** ist ein vordringliches Entwicklungsziel in den rheinland-pfälzischen **Weinbauregionen**. Dieses Ziel soll mit Hilfe von Steillagenkonzepten, wie z.B. dem Konzept für die Mosel und dem neu zu errichtenden Steillagenzentrum, erreicht werden.

Vor allem die Seitentäler größerer Flüsse und die Täler in Mittelgebirgslagen leiden unter dem Rückzug der aktiven Bewirtschaftung. Dieser Entwicklung soll unter anderem mit **Offenhaltungsstrategien** entgegengewirkt werden.

In ländlichen Räumen sind es vor allem die **kleineren Unternehmen** aus Landwirtschaft, Handwerk und Tourismus, die das Wirtschaftspotential bestimmen. Deshalb ist eine Weiterentwicklung des Angebotes an innovativen Finanzierungsinstrumenten für kleine und mittlere Unternehmen geplant. Die **Gründungsbereitschaft** soll durch Intensivierung und engere Vernetzung des bereits bestehenden Beratungsangebots angeregt werden.

Im Zuge des demografischen Wandels und des Strukturwandels im Einzelhandel wird voraussichtlich die Zahl der Kommunen im ländlichen Raum von Rheinland-Pfalz anwachsen, in denen kein Geschäft zur **Nahversorgung**, vor allem mit Lebensmitteln, mehr existiert. Gemeinden mit funktionierenden Dorfläden oder Multifunktionseinrichtungen bieten jedoch höhere Lebensqualität und besitzen einen entscheidenden Standortvorteil für junge Familien und Touristen. Es gilt, die existierenden Lösungsansätze, wie mobile Versorgungsangebote oder Nahversorgungseinrichtungen mit ergänzendem Dienstleistungsangebot zukunftsgerichtet weiterzuentwickeln und dabei moderne Technik mit einzubeziehen.

Kurzfassung

Zur Schaffung zusätzlicher standorttreuer Arbeitsplätze in den ländlichen Räumen kommt dem **Tourismus** eine besondere Bedeutung zu. In den Regionalkonferenzen wurde für dieses Leitthema eine Konzentration auf die Schwerpunkte Weinbau, Wandern, Radtourismus und Gesundheitstourismus gefordert. Deshalb werden die Regionen aufgefordert, überregional wirksame Tourismusprojekte vor allem auf den Gebieten dieser Schwerpunkte zu entwickeln und dabei konsequent auf Qualität zu setzen.

Zur Lösung von Nutzungskonflikten und zur Weiterentwicklung der touristischen Infrastruktur, insbesondere der fremdenverkehrlichen Erschließung (Radwege, Wanderwege,...) wird im Verbund mit weiteren Entwicklungszielen des ländlichen Raumes auch die **ländliche Bodenordnung** eingesetzt.

In den ländlichen Räumen von Rheinland-Pfalz kann durch Nutzung der Potenziale für zukunftsgerichtete Energieversorgung und Energieerzeugung zusätzliches Einkommen erwirtschaftet und gleichzeitig ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden. Bei Gemeinden und potenziellen Energiewirten besteht dabei jedoch ein erheblicher Wissens- und Koordinierungsbedarf. Deshalb hat das **Beratungszentrum Nachwachsende Rohstoffe** Studien und Handreichungen für die Energieerzeugung und Energieverwertung (**Energiemix**) zu koordinieren und eine geeignete Plattform im Internet bereitzustellen.

Die Versorgung mit **Breitband-Internet** in ländlichen Räumen ist für Landwirte, Unternehmen aller Branchen und Existenzgründer genauso wichtig wie für alle Bevölkerungsgruppen. In einem Teil der Gemeinden von Rheinland-Pfalz wird die Bereitstellung von Breitbandinternetlösungen sehr aufwendig sein. Es sollen Mittel in Form von Zuschüssen oder Darlehen für konkrete Projekte bereitgestellt werden.

Mit zunehmend ländlicher Prägung des Raumes nimmt die Möglichkeit eines wirtschaftlich tragfähigen und zugleich attraktiven **Öffentlichen Personennahverkehrs** ab. Öffentlich bereit gestellte Mobilität zählt jedoch zur Daseinsvorsorge. Daher sollen die Kommunen bei der Erarbeitung und Erprobung flexibler Bedienformen des Öffentlichen Personennahverkehrs unterstützt werden. Im Auftrag des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung wird bis Februar 2008 ein Handbuch zur Planung flexibler Bedienformen des ÖPNV erstellt. Die darin enthaltenen Hintergrundinformationen und Planungshilfen sollen den Kommunen, Fachverwaltungen, Forschungseinrichtungen, Tourismusdienstleistern und anderen Stellen in Tagungen und Workshops umfassend vermittelt werden.

Ältere Menschen wollen möglichst lange selbständig leben, die meisten in ihrer eigenen Wohnung, viele aber auch in einer Haus- oder Quartiersgemeinschaft, die sich gegenseitig unterstützt und Hilfe leistet oder gemeinsam Fremdkräfte organisiert. Die **Beratungsstelle LebensWohnraum** ist eine Regionalstelle für gemeinschaftliches, selbst bestimmtes und Generationen übergreifendes Wohnen. Die Initiativen dieser Beratungsstelle sind in den Impuls-Regionen in Form von Erfahrungs- und Kontaktbörsen nutzbar zu machen.

Die Landesregierung hat im Oktober 2006 die Initiative **„Gesundheitswirtschaft“** auf den Weg gebracht. Ziel ist es, die Chancen und Potenziale dieses Zukunftsmarktes zu identifizieren, um sie auch in den ländlichen Räumen noch weiter auszuschöpfen. Eine Expertenkommission soll aufbauend auf der Studie über die „Gesundheitswirtschaft in Rheinland-Pfalz“ konkrete Handlungsempfehlungen für die Landesregierung als Grundlage für einen Masterplan erstellen. Das Ergebnis wird Anfang 2008 in Regionalkonferenzen vorgestellt.

Kurzfassung

In vielen **Ortskernen kleiner Dörfer** des ländlichen Raumes nehmen leer stehende und ungenutzte Wohngebäude und Scheunen, modernisierungsbedürftige Wohnhäuser sowie Baulücken und Dorfbrachflächen ständig zu. Um die Innenbereiche der Dörfer zu stabilisieren, muss **Innenentwicklung** deutliche Priorität vor der Neuausweisung von Bauflächen haben. Zur Erreichung des Ziels der Innenentwicklung stellt ein wirksames Flächenmanagement einen grundlegenden Baustein dar. Dabei kommt der kommunalen Flächennutzungsplanung eine herausragende Rolle hinsichtlich einer verantwortungsvollen und ressourcenschonenden Siedlungsentwicklung zu. Die Prinzipien einer zukunftsgerichteten Flächenkreislaufwirtschaft sehen bei der Ermittlung des Bedarfs für neue Bauflächen die Berücksichtigung des Innenbereichspotenzials vor. Wird zur Mobilisierung und Neuordnung von Flächen innerhalb der Dörfer ein wirksames Instrument benötigt, so kann in Impuls-Regionen auch auf die **Dorfflurbereinigung** als ein mögliches Instrument zurückgegriffen werden.

Dies trägt zu einer besseren Ausnutzung der Ver- und Entsorgungssysteme und zu einer Stabilisierung der Kostenstrukturen bei. Mit einer Neuausweisung wird hingegen i.d.R. ein deutlicher Anstieg der langfristigen Kosten zur gleichzeitigen Aufrechterhaltung der alten und neuen Infrastruktur ausgelöst.

Durch gemeinsames Vorgehen mehrerer Akteure in ländlichen Räumen lassen sich oft Standortvorteile optimieren und kostenintensive Vorhaben besser realisieren. Die Erarbeitung integrierter Entwicklungskonzepte ist als Plattform zu nutzen, um Kommunen, andere Planungsträger und Unternehmen zusammenzubringen und **Kooperationsmöglichkeiten** zu erörtern. Dabei sind die Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit und der Öffentlich-Privaten-Partnerschaften zu untersuchen.

In ländlichen Räumen haben Gesprächspartner aus der Wirtschaft erhebliche Engpässe und Problemstellungen (fehlendes Wissen und Können) bei der **Berufsausbildung** bemängelt. In allen Impuls-Regionen sollen deshalb Netzwerke und Plattformen zwischen Schulen, Betrieben, Kammern, Verbänden und anderen Partnern aufgebaut werden, um bei der Beseitigung dieser Problemstellungen gezielt zusammenzuarbeiten.

Eine konsequente Ausrichtung des Bildungswesens am demographischen Wandel erfordert den Ausbau von Schulen zu **Ganztagsschulen**. Dieses ist in Impuls-Regionen zu diskutieren. Weiterhin sind Möglichkeiten des **E-Learning** in ländlichen Räumen zu pilotieren. Es sollen möglichst schnell regional angepasste zukunftsgerechte Lösungsansätze verbreitet werden.

In Impuls-Regionen können regional angepasste bedeutende Vorhaben für den ländlichen Raum durch **Machbarkeitsstudien** unterstützt werden. Damit wird das Ziel verfolgt, die nachhaltige Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und **Dienstleistern**, und damit die Schaffung und Sicherung von Dauerarbeits- und -ausbildungsplätzen zu gewährleisten. In Tagungen und Workshops sind die Ergebnisse der Machbarkeitsstudien auszutauschen, auch auf Plattformen anzubieten und in Schulungsprojekten zu präsentieren.



Kurzfassung

Instrumente und Förderkonzept

Ländliche Räume in Rheinland-Pfalz, die sich den aktuellen und künftigen Herausforderungen stellen, werden zu „Impuls-Regionen“. In diesen Impuls-Regionen sollen die oben beschriebenen ausgewählten Handlungsansätze vorrangig genutzt werden und regionale Planungen vor allem nach folgenden Grundsätzen erfolgen:

- Integration aller wichtigen Handlungsfelder
- Zeitnahe Umsetzung von Planungen in konkreten Projekten
- Initiative, Planung und Durchführung durch die Akteurinnen und Akteure vor Ort
- Regionale Kooperationen statt Kirchturmdenken

Ziel ist weiterhin die Initiierung, Organisation und Begleitung von regionalen Entwicklungsprozessen. Leitprojekte in Impulsregionen werden zukünftig mit hoher Priorität nach Maßgabe der festgelegten Vorschriften gefördert.

Die wichtigsten Förderinstrumente für die Maßnahmen nach diesem Programm sind das Programm Agrarwirtschaft, Umweltmaßnahmen, Landentwicklung (PAUL) zur Umsetzung der ELER-Verordnung, die Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) sowie die auch auf den ländlichen Raum ausgerichteten Förderungen des Programms „Wachstum durch Innovation“ zur Umsetzung von EFRE. In Rheinland-Pfalz werden diese Förderinstrumente im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau koordiniert. Wichtigstes arbeitsmarktpolitisches Instrument der Europäischen Union ist der europäische Sozialfonds (ESF).

Netzwerke und Schulungen

Die Entwicklung des ländlichen Raumes setzt einen umfassenden Austausch von Ideen, Wissen und Erfahrungen sowie die Bereitschaft zur Kooperation zwischen allen Akteuren voraus. Zu diesem Zweck sind in den ländlichen Räumen des Landes Rheinland-Pfalz Netzwerke aufzubauen. Die **Dienstleistungszentren Ländlicher Raum** erhalten hiermit den Auftrag, die Bildung von Netzwerken, Kooperationen und Internetplattformen im Rahmen der oben beschriebenen Handlungsansätze umfassend zu unterstützen. Dazu sind zunächst runde Tische für die Startphase von Netzwerken zu bilden, die Funktion einer einfachen Geschäftsstelle einzurichten oder selbst zu übernehmen und für jedes neue Netzwerk ein Moderator zu bestimmen, der die Steuerung und den Vorsitz dieses Netzwerkes übernimmt. Das **Forum Ländlicher Raum** erhält hiermit den Auftrag, Foren und Workshops zu den oben genannten Handlungsansätzen zu organisieren und eine breite Öffentlichkeit an diesen Veranstaltungen zu beteiligen.

Es ist ein wichtiges Ziel dieses Strategiepapiers, die Bürgerinnen und Bürger als Akteure im ländlichen Raum zu Multiplikatoren auszubilden und zu befähigen, ihre speziellen Erfahrungen, ihre Kompetenzen sowie ihr Insiderwissen in die Planungsprozesse einzubringen. Dazu wird das Schulungsangebot bei der **Kommunalakademie** weitergeführt und durch ein zusätzliches Schulungsprogramm der Dienstleistungszentren Ländlicher Raum als neue „**Akademie Ländlicher Raum**“ ergänzt. Für das Jahr 2008 ist ein erstes Fortbildungs- und Beratungsprogramm der Akademie ländlicher Raum zu erarbeiten, welches sich an alle Akteure im ländlichen Raum richtet und die vielfältigen Handlungsfelder einer „Politik für den ländlichen Raum“ integriert.

I. Einleitung und Analyse

Strategiepapier

für die Entwicklung der ländlichen Räume in Rheinland-Pfalz

I. Einleitung und Analyse

1. Anlass, Raum und Grundlagen

Für die EU-Förderperiode 2007-2013 hat die Europäische Union ihre Strukturpolitiken neu geordnet und auch außerhalb der Konvergenzregionen Fördermöglichkeiten vorgesehen. In ihrem 4. Kohäsionsbericht hat die Europäische Kommission festgestellt, dass die EU-Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums und die EU-Strukturfonds bei der Unterstützung der wirtschaftlichen Diversifizierung des ländlichen Raums zusammenarbeiten. Dies gilt insbesondere für die Prioritäten, die im Zusammenhang mit den Nachhaltigkeitszielen von Göteborg und der neubelebten Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung stehen. Daher soll sowohl für die nationalen strategischen Pläne als auch für die Programme zur Entwicklung des ländlichen Raums die Komplementarität und Synergie mit den nationalen strategischen Rahmenplänen und den Strukturfonds-Programmen sichergestellt werden, damit das Defizit der ländlichen Gebiete in der EU durch die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Diversifizierung der Wirtschaftstätigkeiten ausgeglichen wird.

Die 2. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) soll durch den neu geschaffenen Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) finanziert werden. Rheinland-Pfalz setzt die 2. Säule der GAP zur Förderung der Entwicklung ländlicher Räume durch das Entwicklungsprogramm „Agrarwirtschaft, Umweltmaßnahmen, Landentwicklung“ (PAUL) um. Den verbindlichen Rahmen für die Entwicklung der Strategie des Entwicklungsprogramms PAUL bilden:

- die Strategischen Leitlinien der Gemeinschaft für die Entwicklung des ländlichen Raums,

- der Nationale Strategieplan der Bundesrepublik Deutschland für die Entwicklung ländlicher Räume 2007- 2013
- die ELER-Verordnung und die Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 vom 21. Juni 2005 über die Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik sowie deren Durchführungsverordnungen.

Die Förderung der Lebensqualität im ländlichen Raum, der Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft und des Leader-Ansatzes ist dabei für das Entwicklungsprogramm PAUL grundsätzlich auf die Landkreise ohne kreisangehörige Städte mit mehr als 20.000 Einwohnern sowie die Tabakregionen im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 beschränkt.

Das Land nutzt die ELER-Instrumente, um die Ideen der Akteure in den ländlichen Räumen zu identifizieren und durch das Bottom-up-Konzept das endogene Potential der Regionen zu erschließen. Gerade in den Leader- und ILE-Regionen - den so genannten Impulsregionen - sollen dabei multisektorale Konzeptionen und innovative Konzepte umgesetzt werden.



I. Einleitung und Analyse

Dieses Strategiepapier soll diese Prozesse durch zusätzliche Ideen und Impulse anreichern. Es richtet sich daher in erster Linie an die Regionen, die sich für Regionalentwicklungsprozesse mit Hilfe von Leader oder ILE entschieden haben. Aufbauend auf den bei der Umsetzung gewonnenen Erfahrungen soll es zu einem Strategiepapier für die Entwicklung aller ländlichen Räume in Rheinland-Pfalz weiterentwickelt werden.

Dieses Strategiepapier legt neben dem rheinland-pfälzischen Entwicklungs-Programm „Agrarwirtschaft, Umweltmaßnahmen, Landentwicklung“ (PAUL) auch die Ministerratsvorlage „Zukunft gestalten - Zukunft sichern - Die Chancen des Demografischen Wandels für Rheinland-Pfalz nutzen“ zugrunde.

Daneben sieht das rheinland-pfälzische EFRE-Programm „Wachstum durch Innovation“ u. a. Fördermöglichkeiten für die ländlichen Räume vor (z.B. ländlicher Tourismus, nachwachsende Rohstoffe). Auch die strategischen Ziele „Rheinland-Pfalz als Wirtschaftsstandort weiter stärken“ und „Entwicklungs- und Teilhabechancen der Menschen im Land erhöhen“ sollen mit Unterstützung des ESF gezielt im ländlichen Raum umgesetzt werden.

2. Landesentwicklungsprogramm als Ordnungsrahmen

Das Landesentwicklungsprogramm bildet den koordinierenden fach- und ressortübergreifenden räumlichen Ordnungsrahmen für die Entwicklung des Landes Rheinland-Pfalz und steuert als Rechtsverordnung sowohl die Entwicklung in ländlichen Regionen, als auch in den Verdichtungsräumen. Es setzt landesplanerische Rahmenbedingungen und trifft Aussagen zur

- Entwicklung von Räumen und Standorten,
- Sicherung und Entwicklung der Daseinsvorsorge,
- Gestaltung und Nutzung der Freiraumstruktur,
- Sicherung und Fortentwicklung der Infrastruktur und
- Raumwirksamkeit von Finanzströmen.

Die darin enthaltenen Vorgaben in Form von landesplanerischen Zielen und Grundsätzen bilden den Ordnungsrahmen für die Regionalplanung und die kommunale Bauleitplanung und sind auch Grundlage für dieses Strategiepapier für die Entwicklung der ländlichen Räume in Rheinland-Pfalz.



I. Einleitung und Analyse

3. Ziel des Strategiepapiers

Ziel dieses Strategiepapiers ist es, Grundlagen für die Stärkung der ländlichen Räume und deren langfristige Erhaltung als Lebens- und Wirtschaftsräume zu entwickeln. In dem Strategiepapier wird dabei der Ansatz gewählt, für die Entwicklung ländlicher Räume eine Politik „von unten“ zu entwerfen. Die Leader- und ILE-Gebiete sollen „**Impuls-Regionen**“ für eine effektive Politik für ländliche Räume werden. Damit sollen die Potenziale und Chancen ländlicher Räume noch besser genutzt werden, denn die Zukunft des Landes Rheinland-Pfalz entscheidet sich nicht zuletzt in den ländlichen Räumen.

Dieses Strategiepapier soll einen offenen Entwicklungsprozess einleiten und die Erfahrungen bei der Umsetzung ständig für weitere Verbesserungen der Strategien und Initiativen nutzen, zum Beispiel durch die Gender-Mainstreaming-Strategie, die unterschiedliche Rahmenbedingungen von Frauen und Männern berücksichtigt und zur Chancengleichheit beiträgt.

Aufbauend auf den bisherigen Ansätzen und Erfahrungen für die Entwicklung ländlicher Räume sollen

- die Bürgerinnen und Bürger noch stärker ihre kreativen Ideen einbringen können,
- die Handlungsfelder besser miteinander verknüpft,
- die Förderinstrumente bedarfsgerecht weiterentwickelt,
- Netzwerke und Schulungen ins Leben gerufen und
- „von unten“ nachgefragte, ausgewählte Handlungsansätze aufgegriffen werden.



4. Der ländliche Raum prägt die Vielfalt von Rheinland-Pfalz

Den ländlichen Räumen kommt in Rheinland-Pfalz eine immense Bedeutung als Lebens-, Wirtschafts-, Natur- und Erholungsraum zu.

Vor dem Hintergrund der Unterschiede hinsichtlich der geografischen Lage und der Verkehrsanbindung naturräumlicher und infrastruktureller Ausstattung, Bevölkerungs-, Erwerbs-, Wirtschafts- und Unternehmensstruktur, regionaler Identität sowie regionaltypischen Ausprägungen und Traditionen können die ländlichen Räume in Rheinland-Pfalz nicht als einheitlicher Raum beschrieben werden. Das Landesentwicklungsprogramm (Entwurf LEP IV) nimmt eine Abgrenzung der ländlichen und der verdichteten Räume vor. Danach wohnen in den ländlichen Räumen rund 30 % der Bevölkerung auf 57 % der Landesfläche.

Der im ländlichen Raum von Rheinland-Pfalz in der Fläche gut verteilte Mittelstand zeichnet sich durch hohe Flexibilität und Innovationsfähigkeit aus. Im Hinblick auf die sich schnell ändernden Anforderungen der Wirtschaft ist der Mittelstand in der Lage, neue Märkte zu erkennen und zu nutzen. Er sichert die Wirtschaftskraft des ländlichen Raumes.

I. Einleitung und Analyse

5. Merkmale - Stärken und Schwächen

Ländliche Räume weisen Stärken und Schwächen auf, die als Risiko oder Chance begriffen werden können:

5.1 Stärken

- Vielfältige Siedlungsstruktur und attraktive Kulturlandschaften als wichtige Standortfaktoren für eine erfolgreiche eigenständige „räumliche Entwicklung“.
- Naturräumliche Potenziale und die intakten Kulturlandschaften als gute Voraussetzung für eine erfolgreiche Entwicklung des Tourismus.
- Günstige und sozial stabilisierende großzügige Wohnverhältnisse sowie familienfreundliches Umfeld.
- Hohes Potenzial für die Landnutzung verschiedenster Art, z.B. für Weinbau, Land- und Forstwirtschaft, Siedlungs- und Gewerbeentwicklung, Freizeit und Tourismus.
- In der Fläche verteilter Mittelstand mit hoher Flexibilität, Innovationsfähigkeit und als Motor für die Belebung des Arbeitsmarktes in den ländlichen Räumen.
- Hohe Bereitschaft zum bürgerlichen Engagement und vielfältige soziale Netzwerke.
- „Weiche“ Standortfaktoren für Wohnen und Gewerbe, wie hoher Freizeit- und Erholungswert oder intensive Nähe zu Natur und Umwelt.
- Hohes Potenzial für innovative Dienstleistungen; Arbeitsmarktbelebung in ländlichen Räumen durch neue touristische Netzwerke, z.B. zwischen Gastronomie, Wellness und Fitness.
- Möglichkeiten zum Ausbau des Anteils erneuerbarer Energien zur Verminderung des Ausstoßes von klimaschädlichen Gasen (Klimaschutz) und zur Schaffung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum.
- Hohe Identifikation der Bevölkerung mit der Region, Pflege von Traditionen und Heimatverbundenheit und daraus abgeleitetes Engagement für die ländlichen Räume.

5.2 Schwächen

- Abnehmende Bevölkerungsdichte, wodurch der Erhalt und die Schaffung zeitgemäßer Infrastrukturen zum Teil deutlich erschwert und verteuert werden.
- Geringere Verfügbarkeit moderner Medien, z.B. Breitbandkabel.
- Ungünstigere Rahmenbedingungen für eine Erschließung mit öffentlichen Verkehrsmitteln.
- Erschwerte ortsnahe schulische und medizinische Infrastruktur.
- Erschwerte Nahversorgung.
- Geringerer Anteil an Arbeitsplätzen.
- Hoher Pendleranteil.
- Aufgrund der Realteilung stark zersplitterter und klein parzellierter Grundbesitz.
- Räumliche Distanz zu Forschungseinrichtungen und Hochschulen.



I. Einleitung und Analyse

6. Aktuelle und künftige Herausforderungen und Chancen

Angesichts der zunehmenden Konzentrations- und Rationalisierungsprozesse der Wirtschaft, der weiteren Öffnung und Liberalisierung der Märkte als Folge der Erweiterung der Europäischen Union und der Globalisierung, dem Strukturwandel in der Landwirtschaft, der demografischen Entwicklung und der begrenzten finanziellen Ressourcen der öffentlichen Haushalte stehen gerade die ländlichen Räume vor neuen Herausforderungen.

Landwirtschaft und Weinbau durchlaufen einen Prozess der stetigen Veränderung (z.B. Strukturwandel und neue Technologien). Seit der Rohstoff Holz sowohl für die energetische als auch für die stoffliche Verwertung gerade im ländlichen Raum zunehmend nachgefragt wird, befindet sich die Forstwirtschaft in einer spürbaren Aufwärtsentwicklung.

Aber auch der örtliche Einzelhandel, das Handwerk, das örtliche Gewerbe und die Lebensbereiche im ländlichen Raum, wie das Arbeiten, das Wohnen, die öffentliche und private Versorgung, das Gesundheitswesen, der kulturelle Bereich, das kirchliche und soziale Leben, das Vereinswesen und weitere Bereiche verändern sich rasant.

In fünf Regionalkonferenzen im Jahre 2007 wurden aktuelle und künftige Herausforderungen und Chancen für die ländlichen Räume in Rheinland-Pfalz identifiziert und breit diskutiert. Die Akteure in den ländlichen Räumen, zum Beispiel Kommunalpolitiker, Landwirte und Winzer, Vertreter der regionalen Wirtschaft oder Akteure aus vielfältigen fachlichen und sozialen Bereichen haben dabei nachfolgende Schwerpunktthemen herausgearbeitet und in den Blickpunkt für ausgewählte Handlungsansätze gerückt:

Demografischer Wandel

Es ist zu erwarten, dass aufgrund der natürlichen Bevölkerungsentwicklung (Geburten-/ Sterberate) der Bevölkerungssaldo in Rheinland-Pfalz auf längere Zeit negativ bleiben wird und sich bereits bis 2015 auf einen Rückgang um nahezu 190.000 Einwohner summiert.

Während damit einhergehend in Gesamt-Rheinland-Pfalz eine tendenzielle Alterung der Be-

völkerung stattfindet, kann diese in einigen ländlichen Räumen auch überproportional eintreten. Besonders attraktive Regionen können derzeit den Bevölkerungsverlust (aufgrund von Sterbeüberschüssen) durch Wanderungsgewinne ausgleichen bzw. sogar überkompensieren. Andere ländliche Räume können neben dem Rückgang aufgrund der natürlichen Bevölkerungsentwicklung zusätzlich von Abwanderung betroffen sein. Der absehbare demografische Wandel vollzieht sich in Rheinland-Pfalz räumlich und alterstrukturell sowie bezüglich der Geschlechter nicht gleichmäßig. Wanderungstendenzen können auch eine Abwanderung qualifizierter Fachkräfte aus den ländlichen Räumen in andere Regionen einschließen. Wichtig ist es, der Abwanderung junger Frauen und Männer entgegenzuwirken. Hier erweisen sich als wichtige Bausteine für ein attraktives Lebens- und Arbeitsumfeld die Erreichbarkeit der jeweiligen wirtschaftlichen Entwicklungsschwerpunkte und damit der Arbeitsplätze sowie die Zugangsmöglichkeiten zu Einrichtungen der Daseinsvorsorge und damit insbesondere die Möglichkeit, Familie und Beruf zu vereinen.

Der demografische Wandel strahlt in unterschiedliche Lebensbereiche aus. Wichtige Impulse für altersgerechtes Leben und Arbeiten sowie lebenslanges Lernen können die älteren Bevölkerungsschichten in die Weiterentwicklung des ländlichen Raumes einbringen. Viele ältere Mitbürger achten zudem auf ihre Gesundheit, verlangen nach neuen Dienstleistungen und sind auf der Suche nach Lebensqualität. Sie können innovative Prozesse des Arbeitsmarktes in Gang bringen. In ländlichen Räumen gibt es auch Kommunen, in denen sich Migrantinnen und Migranten (insbesondere die Ausgesiedelten und die spät Ausgesiedelten) konzentrieren; diese Zuwanderungsprozesse können dort die Auswirkungen des demografischen Wandels verringern. Der demografische Wandel sollte auch in den ländlichen Räumen von Rheinland-Pfalz als Chance und Herausforderung begriffen werden, der die Möglichkeiten eröffnet, gesellschaftliche Potenziale für die Bürgerinnen und Bürger in den ländlichen Räumen zu aktivieren und neue Wirtschaftszweige zu erschließen.

I. Einleitung und Analyse

Fachkräftemangel

Bereits heute fehlen einigen Unternehmen und Einrichtungen in den ländlichen Räumen Fachkräfte. In einigen Jahren wird sich der Fachkräftemangel in vielen Wirtschaftsbereichen verstärken. Wirtschaftliche Entwicklung ist in der Regel nur mit Fachkräften möglich. Durch gezielte Ausbildung und Qualifizierung ist dem Fachkräftemangel im ländlichen Raum entgegenzuwirken. Im Dialog mit Wirtschaft, Politik und den Menschen vor Ort ist zu versuchen, die Ansiedlungsbedingungen in den ländlichen Räumen so zu gestalten, dass Unternehmen in den ländlichen Räumen von Rheinland-Pfalz bleiben, Fachkräfte binden und ihnen ein attraktives Arbeitsumfeld bieten. Schüler und Auszubildende im ländlichen Raum sollten frühzeitig mit den Unternehmen in Verbindung gebracht werden. Migrantinnen und Migranten können als Fachkräfte im ländlichen Raum von großem Nutzen sein. Dies setzt voraus, dass Bildungseinrichtungen die Ausbildung und die Eingliederung von Migrantinnen und von Migranten gezielt fördern, soweit die Migrantinnen und Migranten noch nicht über die entsprechende fachliche Kompetenz verfügen.

Ganztagsschulmodelle und Jugendbildung

Bei einem ständigen Rückgang der Schülerzahlen im ländlichen Raum muss das Schulsystem stabilisiert und weiterentwickelt werden. Für junge Familien ist es von existentieller Bedeutung, dass wohnortnah ausreichend Kindergarten- und Schulplätze zur Verfügung gestellt werden. Eltern im ländlichen Raum erhoffen sich von einem Programm für ländliche Räume, dass sie ihre Kinder in eine qualifizierte Frühbetreuung geben können. Auch der Wunsch nach Ganztagschulen nimmt in ländlichen Räumen zu. Hiermit verbunden ist die Notwendigkeit einer Verbesserung der Chancen junger Menschen in ländlichen Räumen mit dem Ziel, mehr Jugendbildung zu betreiben, junge Menschen in ländlichen Räumen zu halten, zum Bleiben zu ermutigen sowie deren selbst entwickelte Projektideen zu unterstützen.



I. Einleitung und Analyse

Gleichwertige Lebensbedingungen bei Infrastruktureinrichtungen und Mobilität

Die älteren Generationen bestimmen künftig zunehmend das Bild der Gesellschaft. Bei sinkender und alternder Bevölkerung wird der Wandel der Bedürfnisse und des daraus folgenden Bedarfs an öffentlichen oder privaten Einrichtungen unterschiedliche Veränderungen auslösen. Die Gebietskörperschaften stehen vor neuen Herausforderungen wie der Bewältigung der Folgen einer geringeren Auslastung von Kindergärten, Schulen, Berufsschulen, aber auch von Wohnfolgeeinrichtungen wie Bibliotheken, Hallenbädern und Sporthallen. Andererseits zieht der steigende Anteil älterer Menschen neue Anforderungen nach sich, etwa im Bereich der Krankenpflege, Betreuung sowie des öffentlichen Nahverkehrs und der wohnortnahen Versorgung. Entsprechend sind neue Entwicklungsstrategien notwendig. Landesplanerisches Ziel ist die Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen. Das bedeutet, dass nicht überall die gleichen Versorgungsstandards und Leistungsangebote vorhanden sein müssen. Vor dem Hintergrund der Raumstrukturgliederung ist in den ländlichen und in den verdichteten Räumen ein den jeweiligen Nachfrage- und Auslastungsverhältnissen angepasstes und qualitatives Niveau der Daseinsvorsorge durch entsprechende Einrichtungen in zumutbarer Erreichbarkeit zu sichern.



Um die ländlichen Räume für die Bevölkerung attraktiv zu halten, ist es unerlässlich, innerhalb dieser planerischen Vorgaben intakte Infrastruktur in den ländlichen Räumen zu erhalten. Sich für solche Projekte einzusetzen, bedeutet Bekenntnis zum ländlichen Raum. Denn nach wie vor ist eine gute Verkehrserschließung die entscheidende Voraussetzung für die Ansiedlung von Betrieben und für demografische Entwicklung im positiven Sinne, dass Menschen dort hinziehen und ihren Arbeits- und Wohnort dort finden. Deswegen muss der, der für zukunftsrechte ländliche Entwicklung ist, auch für große Verkehrsprojekte eintreten. Für die Attraktivität der Gemeinden in Rheinland-Pfalz ist es zudem sehr wichtig, die Straßen in den ländlichen Räumen und die Dorfstraßen in einem ordentlichen Zustand zu erhalten. Im Hinblick auf die Mobilitätsbedürfnisse der jüngeren und älteren Pendler bleibt ein wichtiges Ziel, einen funktionsfähigen Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zu erhalten.

Im Rahmen des demographischen Wandels wird die Zahl der Bürgerinnen und Bürger zunehmen, die auf Angebote im ÖPNV angewiesen sind (z.B. mobilitätseingeschränkte Mitbürgerinnen und Mitbürger, aber auch Familien mit Kindern). Als Standortfaktor werden Nahverkehrsangebote erheblich an Bedeutung gewinnen. Schließlich ist einer steigenden Pendlerquote durch Individualverkehr aufgrund der Immissionsbelastungen entgegenzuwirken. Mobilität hat zudem seinen Preis, denn der Treibstoff, den wir für unsere Mobilität benötigen, ist ein knappes Gut. Vor diesem Hintergrund werden neben einem gut funktionierenden ÖPNV intelligente Ansätze für die Nutzung des Automobils, wie Mitfahrerbörsen und Mitfahrerparkplätze, an Bedeutung gewinnen. Soweit der ÖPNV, getragen hauptsächlich durch die Schülerbeförderung, bei rückläufigen Schülerzahlen unrentabel wird, gilt es, neue Modelle zu entwickeln oder erprobte Modelle aus anderen Regionen zu übertragen.

I. Einleitung und Analyse

Innenentwicklung von Dörfern

In vielen **Ortskernen kleiner Dörfer** des ländlichen Raumes nehmen leer stehende und ungenutzte Wohngebäude und Scheunen, modernisierungsbedürftige Wohnhäuser sowie Baulücken und Dorfbrachflächen ständig zu. Das bestehende und wachsende Problem der leer stehenden Bausubstanz im Kern kleiner Dörfer wird sich bei einer Schrumpfung der Bevölkerung verschärfen. Die Ausweisung von Bauland auf der „grünen Wiese“, um die Attraktivität der Dörfer zu stärken, ist hinsichtlich der langfristig wirkenden Kosten zur Erschließung und Erhalt der Infrastruktur als problematisch einzuschätzen. Um die Innenbereiche der Dörfer zu stabilisieren, muss **Innenentwicklung** deutliche Priorität vor der Neuausweisung von Bauflächen haben. Zur Erreichung des Ziels der Innenentwicklung stellt ein wirksames **Flächenmanagement** einen grundlegenden Baustein dar. Dabei kommt der kommunalen Flächennutzungsplanung eine herausragende Rolle hinsichtlich einer verantwortungsvollen und ressourcenschonenden Siedlungsentwicklung zu. Die Prinzipien einer zukunftsgerichteten Flächenkreislaufwirtschaft sehen bei der Ermittlung des Bedarfs für neue Bauflächen die Berücksichtigung des Innenbereichspotenzials vor. Für die Beurteilung des Innenbereichspotenzials kann ein kommunales **Baulücken- und Leerstandskataster** wertvolle Informationen und Entscheidungsgrundlagen liefern. Die kleinen Gemeinden in ländlichen Räumen sind bei diesen Stabilisierungsprozessen und Weiterentwicklungen zu stärken. Ein Flächenmanagement kann nicht isoliert auf der Ebene jeder Dorfgemeinde betrieben werden, sondern muss sich in ein regionales Siedlungsentwicklungskonzept einordnen, wenn es dem Anspruch nachhaltiger Entwicklung gerecht werden will. Wird zur Mobilisierung und Neuordnung von Flächen innerhalb der Dörfer ein wirksames Instrument benötigt, so kann in Impuls-Regionen auch auf die **Dorfflurbereinigung** als ein mögliches Instrument zurückgegriffen werden.

Moderne Kommunikation

In vielen Bereichen können ältere und jüngere Nutzer im ländlichen Raum mittels E-Commerce Produkte und Dienstleistungen im Internet bestellen. Hier kommt es ggf. darauf an, geeignete Kommunikationsplattformen in den Dörfern zu schaffen und Schulungen anzubieten.

Unter E-Learning werden Techniken des Lehrens und des Lernens über digitale Netzwerke zusammengefasst. Solche interaktiven Techniken sind vielfach heute schon als Ergänzung von Bildungsangeboten im Einsatz. E-Learning könnte für die ländlichen Räume zusätzliche Chancen bieten, Probleme weiter Wege zur Schule oder zur Hochschule durch gezielte Angebote abzumildern. Auch wenn Unterricht und Schulbesuch selbst nicht durch die neuen Medien ersetzt werden können, bieten sich mit E-Learning Chancen, Unterricht zu ergänzen und zu erweitern. Im Hochschulbereich hat das Land Rheinland-Pfalz bereits eine Internet-Plattform mit dem Virtuellen Campus Rheinland-Pfalz – Fernuniversität Hagen - geschaffen. In Rheinland-Pfalz ermöglicht darüber hinaus das Telekolleg den Erwerb der Fachhochschulreife, vor allem für Frauen zur Verbesserung ihrer Qualifikationen und damit auch ihrer Chancen auf dem Arbeitsmarkt. In wie weit moderne Technologien (E-Learning) für den ländlichen Raum speziell genutzt werden können, gilt es zu erproben. Wichtig ist vor allem auch die Informationsbeschaffung für die ländlichen Räume, denn durch das Internet können die speziellen Defizite der ländlichen Räume – wie zum Beispiel weite Entfernungen zu Bibliotheken – weiter abgebaut werden.

Vor allem um die zuletzt beschriebenen Techniken der Online-Dienste und der Online-Verwaltung flächendeckend anbieten zu können, ist es erforderlich, schnelle Internetverbindungen flächendeckend im ländlichen Raum zu installieren und alle Bevölkerungsteile in der qualifizierten Nutzung dieser neuen Medien zu schulen.

II. Leitbild, Ziele und Handlungsfelder einer Politik...

II. Leitbild, Ziele und Handlungsfelder einer Politik für die ländlichen Räume

1. Leitbild

Stadt und Land, Metropolregionen und ländliche Räume bedingen sich gegenseitig und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Die Politik in Rheinland-Pfalz wird den ländlichen Raum als eigenständigen Lebensraum stärken, ihn zukunftsfähig entwickeln sowie seine Attraktivität erhalten.

Die ländlichen Räume sind wirtschaftskräftige, lebenswerte und umweltgerechte Lebens-, Wirtschafts- und Naturräume, die die besonderen regionalen Bedingungen und Entwicklungspotenziale optimal nutzen.

Ländliche Räume stehen gleichrangig neben allen weiteren Raumtypen. Auch für sie gilt das Prinzip der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Im Gesamtsystem aller Räume übernehmen die ländlichen Räume wesentliche Produktions-, Ausgleichs- und Ergänzungsfunktionen.

Das Engagement der Menschen in ländlichen Räumen ist Grundlage für eine zukunftsorientierte Entwicklung. Menschen in ländlichen Räumen sind bereit, sich für ihre Region zu engagieren, weil sie mit dem ländlichen Raum auch im positiven Sinne etwas verbinden. Sie sagen: „Hier fühle ich mich heimisch und bin auch bereit, mich für diese Region zu engagieren, weil es meine Heimat ist“.

2. Ziele

Bei einer zukunftsorientierten Politik für die ländlichen Räume von Rheinland-Pfalz stehen vor allem im Vordergrund:

- Erhalt bzw. Stärkung der Wirtschaftskraft sowie Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen vor allem von klein- und mittelständischen Unternehmen,

- Sicherung und Entwicklung wohnortnaher, dauerhaft tragfähiger Versorgungsstrukturen auch unter geänderten Rahmenbedingungen,
- Bindung hoch qualifizierter Arbeitskräfte und junger Familien in ländlichen Räumen,
- Weiterentwicklung von Bildungseinrichtungen,
- Ganztagsbetreuungen und familengerechte Angebote,
- Sicherung und Entwicklung einer wettbewerbsfähigen, multifunktionalen und nachhaltigen Land- und Forstwirtschaft,
- Sicherung des ökologischen Potenzials, nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen (z.B. ländlicher Tourismus, nachwachsende Rohstoffe, erneuerbare Energien),
- Schutz des Klimas,
- Sichern der Energieversorgung und Energieerzeugung,
- Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen im ländlichen Raum (Schaffung von Einkommensalternativen, Erhalt und Entwicklung lebendiger Ortskerne),
- Erschließung des Wachstumsmarktes Gesundheitswirtschaft,
- Interkommunale Projekte und Kooperationen,
- Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements,
- Unabdingbares Miteinander von Stadt und Land zur gemeinsamen Zielerreichung.

Grundlage einer Strategie für die Entwicklung der ländlichen Räume in Rheinland-Pfalz ist eine konsequente, zielgerichtete Koordination dieser teils ressortübergreifenden Handlungs- und Maßnahmenkonzepte sowie die Förderung der Regionen, basierend auf vor Ort entworfenen und breit diskutierten regionalen Entwicklungskonzepten. Ziel muss es sein, Konsens in strukturpolitischen Fragen zu finden, die die Eigenkräfte in entwicklungsfähigen ländlichen Räumen stärken. Um diese Entwicklungsprozesse nachhaltig zu unterstützen sind Netzwerke und Schulungsangebote aufzubauen und zu betreiben.

II. Leitbild, Ziele und Handlungsfelder einer Politik...

3. Handlungsfelder der Politik

Vor dem Hintergrund der aktuellen und künftigen Herausforderungen für die ländlichen Räume und dem in fünf Regionalkonferenzen geführten Politikdialog zum Entwurf eines Strategiepapiers können vielfältige Handlungsfelder für eine Politik für den ländlichen Raum in Rheinland-Pfalz nachfolgend stichwortartig aufgezeigt werden:

⇒ Wirtschaft, Arbeit, Mobilität, Energie und Tourismus

- **Mittelstand** – Rahmenbedingungen für Wertschöpfung und Arbeitsplätze verbessern.
- **Datenautobahn auf dem Land** – als Standortfaktor für Arbeitsplätze ausbauen.
- **Mobilität** – periphere Gebiete besser anbinden.
- **Energieversorgung** – Energiemix verbessern und weiterentwickeln, qualifizierte Arbeitsplätze schaffen und sichern, Potenziale eines expandierenden Exportmarktes nutzen.
- **Tourismus** – qualitäts- und zielgruppenorientiert weiter entwickeln.

⇒ Kommunale Infrastruktur

- **Nahversorgung** – diesen Lebensnerv des ländlichen Raumes erhalten.
- **Soziale und gesundheitliche Versorgung** – auf lange Dauer sicherstellen.
- **Bildung** – Schulstrukturen in ländlichen Räumen stärken und weiterentwickeln.
- **Infrastruktur für Familien** – demografische Probleme überwinden.

⇒ Dorfkultur und Gemeindeentwicklung

- **Bürgerliches Engagement** – regionalen Zusammenhalt stärken, ehrenamtliches Engagement fördern, vernetzen und für innovative Entwicklungen nutzen.
- **Aktive Dorfkerne** – Lösungsmodelle gegen Verfall der Dorfkerne entwickeln.
- **Kirchturmdenken überwinden** – gemeinsame Projekte vereinbaren und umsetzen.

⇒ Weinbau, Land- und Forstwirtschaft

- **Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Weinbau** – Land-, Forst-, Energie-, Naturwirte für die Zukunft fit machen.
- **Nahrungsmittel** – gesunde Nahrungsmittel erzeugen.
- **Regionaltypische Produkte** – Eckpfeiler für Identität und Kreislaufdenken entwickeln.
- **Wald, Forstwirtschaft** – nachhaltig ökonomisch, ökologisch und sozial entwickeln.
- **Nachwachsende Rohstoffe** – Chancen für Wirtschaft, Klima, Bevölkerung nutzen.

⇒ Ökologie und Wasserwirtschaft

- **Nachhaltigkeit** – Balance zwischen wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Belangen herstellen.
- **Kulturlandschaft** – erhalten und als Grundlage für die Identität der Bewohner mit dem ländlichen Raum und für sanften Tourismus stärken.
- **Neuinanspruchnahme von Flächen im Außenbereich** – eindämmen.
- **Wasser** – als Lebensmittel und lebendigen Naturbestandteil schützen und entwickeln.
- **Klimawandel** – begrenzen, Anpassungsstrategien erarbeiten, Maßnahmen umsetzen, um den Ausstoß klimaschädlicher Gase, vor allem CO₂, erheblich zu verringern.

III. Strategien für die Entwicklung ländlicher Räume

III. Strategien für die Entwicklung ländlicher Räume



III. Strategien für die Entwicklung ländlicher Räume

1. Ausgewählte Handlungsansätze

Die Zukunft des Landes Rheinland-Pfalz entscheidet sich nicht zuletzt in den ländlichen Räumen. Diese stehen, wie bereits dargelegt, vor vielfältigen Herausforderungen. Mit nachfolgend beschriebenen, ausgewählten Handlungsansätzen reagiert das Land Rheinland-Pfalz auf diese Herausforderungen. Die folgenden ausgewählten Handlungsansätze sollen ergänzend innovative Prozesse in Gang bringen, in der Startphase fördern und wirksam vorantreiben. Sie greifen die Vorschläge auf, die von den Akteuren in den Regionalkonferenzen eingefordert wurden. Alle Prozesse sollen dazu dienen, die Herausforderungen in ländlichen Räumen zu bewältigen und die Impuls-Regionen in ihren regional entwickelten Aktivitäten wirksam zu unterstützen sowie Machbarkeitsstudien in Auftrag zu geben.

1.1 Land-, Forstwirtschaft und Weinbau

1.1.1 Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und Wertschöpfung

Auf über 80 Prozent der Landesfläche von Rheinland-Pfalz wird Landwirtschaft, Forstwirtschaft oder Weinbau betrieben. Eine wettbewerbsfähige und nachhaltige Land- und Forstwirtschaft ist die Grundlage eines intakten ländlichen Raumes. Sie trägt einschließlich der ihr vor- und nachgelagerten Bereiche, wie z.B. der Ernährungswirtschaft, in hohem Maße zur Wertschöpfung in den ländlichen Regionen bei. Dabei ist das Aufgabenspektrum der Landwirtschaft größer geworden. Zur Hauptaufgabe, der Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen Nahrungsmitteln, sind neue Aufgaben hinzugekommen, wie die Erhaltung der Kulturlandschaft und die Erzeugung nachwachsender Rohstoffe.

Für die Entwicklung der Land- und Forstwirtschaft sowie des Weinbaus sind die Rahmenbedingungen in dem rheinland-pfälzischen Entwicklungsprogramm PAUL gesetzt.



Rheinland-Pfalz setzt einen Schwerpunkt im investiven Bereich von Landwirtschaft und Weinbau, um diese zukunftsfähig zu machen. Zukunftsfähigkeit schließt auch mit ein, dass die Produktion nachhaltig, ressourcenschonend und tiergerecht erfolgt.

Um das Einkommensspektrum von Landwirten, Forstwirten und Winzern zu erweitern, enthält PAUL auch Maßnahmen zur Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft, z.B. die Förderung des Tourismus. Der Landwirt hat zukünftig auch die Möglichkeit, als Energiewirt oder Produzent hochwertiger Industrieverbrauchsrohstoffe und weiterer Produkte zusätzliche Einkommen zu erzielen.

Das neue Agrarumweltprogramm PAULa, als Bestandteil des Programms PAUL, bündelt Maßnahmen für die Sicherung und Entwicklung der umweltschonenden Landbewirtschaftung. Eine wichtige Maßnahme dieses Programms ist die Förderung des ökologischen Landbaus. Hier können Potentiale für die regionale Vermarktung von Bioprodukten, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Erhaltung der Kulturlandschaften liegen.

III. Strategien für die Entwicklung ländlicher Räume

1.1.2 Wald und Forstwirtschaft als Beitrag für nachhaltige Entwicklung

Wald und Forstwirtschaft in Rheinland Pfalz beruhen auf dem Grundgedanken der Nachhaltigkeit und damit nach heutiger, zeitgemäßer Auffassung auf den so genannten drei Säulen der Nachhaltigkeit: der Ökologie, den sozialen Aspekten und der Ökonomie. Sie leisten auch einen wichtigen Beitrag zur Daseinsvorsorge insbesondere in den ländlichen Räumen von Rheinland-Pfalz.

Der Wald als Ökosystem und die forstliche Bewirtschaftung des Waldes erfüllen zahlreiche Schutzfunktionen, wie z.B. den Schutz von Wasser, Boden oder Klima bzw. den Schutz vor Lärm oder Staub. Darüber hinaus trägt er zur Erhaltung von Genressourcen, der biologischen Vielfalt und dem Natur- und Artenschutz wesentlich bei, was sich in der schwerpunktmäßigen Ausweisung von Wäldern als Natura 2000-Gebiete manifestiert. Ferner gewinnt die Speicherung von Kohlenstoff in Wäldern generell an Relevanz. Auch die Verwendung von Holzprodukten und das Bauen mit Holz bindet temporär CO₂. Überdies ist Holz als regenerativer Energieträger CO₂-neutral.

Die gesellschaftlichen Ansprüche an unterschiedliche, fast ausnahmslos kostenfreie Gemeinwohlleistungen des Waldes wachsen. Seine Wertschätzung als Erholungsraum einer urbanen Bevölkerung, als Lernort für Kinder und Erwachsene, als Bewegungsraum für z.B. Wanderer oder Mountainbiker oder als komplexes Ökosystem mit vielfältigen Schutzleistungen nimmt kontinuierlich zu.

Eine Schnittstelle zwischen der sozialen und der ökonomischen Funktion stellt der Wald als Arbeitsplatz dar. Die Rohholzproduktion durch die Forstwirtschaft und die Rohholzveredelung leisten einen bedeutenden Beitrag zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen in strukturschwachen ländlichen Räumen. Eine Untersuchung des rheinland-pfälzischen Forst-, Holz- und Papier-Sektors durch die Forschungsanstalt für Waldökologie und Forstwirtschaft Rheinland-Pfalz (Clusterstudie) hat ergeben, dass im Jahr 2002 über 50.000 Beschäftigte in diesem Sektor arbeiteten.

Aus ökonomischer Sicht ist die Produktion, Nutzung und Verwendung des nachwachsenden Rohstoffes Holz im Land von besonderer Bedeutung. Dies belegt ein Rohholzaufkommen in der rheinland-pfälzischen Forstwirtschaft von über 4 Mio. Kubikmetern im Jahr 2006. Die Mobilisierung weiterer Holzmengen, insbesondere aus dem Kleinprivatwald, ist erklärtes Ziel der Landesregierung. Im Land leben zwar lediglich 4.500 Arbeitnehmer unmittelbar von der Forstwirtschaft. Aber der gesamte rheinland-pfälzische Forst-, Holz- und Papier-Sektor umfasst fast 8.500 Unternehmen mit einem Bruttoproduktionswert von fast 6,5 Mrd. Euro. Mit jedem Kubikmeter Rohholz setzte der rheinland-pfälzische Forst-, Holz- und Papier-Sektor durch seine hohe Wertschöpfung über 3.300 Euro um.

Bauen mit Holz hat im ländlichen Raum hohe Bedeutung, insbesondere bei der Altbausanierung und der Energieeinsparung.

Für die Impuls-Regionen empfiehlt das Strategiepapier **folgende Vorgehensweise**:

- Der Cluster Forst und Holz soll im Land zielgerichtet mit Schwerpunkt im Bereich des Holzbaus weiter entwickelt werden, um eine hohe Wertschöpfung in ländlichen Räumen zu generieren.
- Die Mobilisierung von Rohholz aus den Wäldern soll gefördert werden, um Einkommen für alle Waldbesitzenden zu schaffen und die holzbe- und -verarbeitende Industrie mit Rohstoffen zu versorgen.
- Der Wald, mit seinen vielfältigen Wirkungen, soll durch Maßnahmen der Umweltbildung und Waldpädagogik für die Menschen erlebbar gemacht werden.
- Die hohe ökologische Wertigkeit soll durch Bewirtschaftung der Wälder im Land erhalten werden.
- Es sollen Strategien entwickelt werden, um die Wälder an den Klimawandel anzupassen
- Durch das Grundprinzip der multifunktionalen Forstwirtschaft soll dabei gewährleistet werden, dass alle Säulen der Nachhaltigkeit eine angemessene Berücksichtigung finden.
- Die Ergebnisse der oben genannten Handlungsansätze sollen unter Federführung beider beteiligten Ressorts breit kommuniziert werden.

III. Strategien für die Entwicklung ländlicher Räume

1.2 Erhalt der Kulturlandschaften

Durch jahrhundertelange traditionelle Land- und Forstbewirtschaftung sowie Bebauung, Siedlungen und Infrastrukturen sind in Rheinland-Pfalz vielfältige Kulturlandschaften entstanden, die es zu pflegen und weiterzuentwickeln gilt. Kulturlandschaften stehen im Beziehungsgefüge zwischen Mensch, Natur und Kultur. Die verschiedenen Landnutzungen prägen ihr Erscheinungsbild und beeinflussen die Produktions-, Regulations- und Lebensraumfunktionen.

Es ist das Ziel der Landesplanung, die landesweit bedeutsamen Kulturlandschaften in ihrer Vielfalt unter Bewahrung des Landschaftscharakters, der historisch gewachsenen Siedlungs- und Ortsbilder, der schützenswerten Bausubstanz sowie des kulturellen Erbes zu erhalten und behutsam weiter zu entwickeln.

Die Regionalpläne konkretisieren die historischen Kulturlandschaften in Kooperation mit den berührten Fachplanungen und weisen auf der Grundlage von Kulturlandschaftskatastern weitere regional bedeutsame Kulturlandschaften aus.

Dieses landesweite **Kulturlandschaftskataster** soll in Zusammenarbeit von Raumordnung, Denkmalpflege und Naturschutz aufgebaut werden.

Dieses Strategiepapier zeigt nachfolgende Handlungsansätze für vier ausgewählte Kulturlandschaftsbereiche auf:

1.2.1 Erhalt der beiden UNESCO-Welterbestätten

Herausragende Beispiele für Kulturlandschaften in Rheinland-Pfalz bilden die beiden UNESCO-Welterbestätten: das „Obere Mittelrheintal“ und der rheinland-pfälzische Teil des „Obergermanisch-rätischen Limes“. Die Verbindung aus dauerhaftem Schutz des historischen Erbes, behutsamer und nachhaltiger touristischer Entwicklung sowie Ausschöpfung wirtschaftlicher Potenziale ist als besondere Chance für die Entwicklung dieser ländlichen Räume zu begreifen.

- In beiden Räumen sollen die bestehenden Aktivitäten des Landes Rheinland-Pfalz künftig weiter ausgebaut werden.
- Dazu sollen im Rahmen kommunaler Planungen landesseitig regional übergreifende Entwicklungskonzepte unterstützt sowie die Schaffung notwendiger Infrastruktureinrichtungen gefördert werden.



III. Strategien für die Entwicklung ländlicher Räume

1.2.2 Erhalt der Weinkulturlandschaften

Der Erhalt des Steillagenweinbaus ist ein vorrangiges Entwicklungsziel für die vier nördlichen Weinbauregionen von Rheinland-Pfalz und steht somit in herausragender Weise exemplarisch auch für grundlegende, existenzielle Zusammenhänge in Rheinhessen und der Pfalz. Dabei ist es wichtig, den Weinbau nicht isoliert zu betrachten, sondern ihn gemeinsam mit vielen Handlungsfeldern in der Region entwickeln. Die Akteure aus den Bereichen Gastronomie und Tourismus sind dabei unverzichtbare Kooperationspartner.

Die rheinland-pfälzischen Weinbauregionen zeichnen sich durch eine Jahrhunderte lang gewachsene Kulturlandschaft und durch ihre starke Anziehungskraft auf Touristen aus. Weinbau, Kultur, Tourismus und die Wirtschaft bilden eine Symbiose, die ohne den Steillagenweinbau als Alleinstellungsmerkmal der Region gefährdet wäre. In den vier nördlichen Anbaugebieten wurden Konzepte, wie das Steillagenkonzept für die WeinKulturLandschaft Mosel, erarbeitet. In diesem Rahmen wurden alle produktions- und marktrelevanten Daten erhoben, Stärke-Schwächen-Analysen durchgeführt und ein Paket an Maßnahmen bzw. Projekten ausgearbeitet.

Parallel dazu hat das Europäische Tourismusinstitut GmbH das „Touristische Drehbuch für das neue Jahrtausend“ aus dem Jahre 1997 fortgeschrieben und ein „Touristisches Entwicklungskonzept Rheinland-Pfalz“ vorgelegt. Aufbauend auf diesen Grundlagen ergeben sich folgende Ziele für die rheinland-pfälzischen Weinbauregionen:

(a) Kulturlandschaft erhalten und entwickeln

Hierbei kommt dem Erhalt des Steillagenweinbaus die höchste Priorität zu. In den Bereichen, wo Steillagenweinbau wirtschaftlich nicht mehr möglich ist, sollen aus Gründen des Naturschutzes und der Erhaltung des Landschaftsbildes Offenhaltungsmaßnahmen bzw. alternative Nutzungen erfolgen (z.B. Kräutergärten, Roter Weinbergspfirsich).

(b) Vermarktung verbessern

Auf der Grundlage von Marktanalysen und Befragungen müssen Winzer, wie auch Gastronomen und Hoteliers neue, attraktive und unverwechselbare Produkte von überzeugender Qualität entwickeln. Dabei wird es wichtig sein, dass regionale Besonderheiten stärker als bisher in den Mittelpunkt der Angebote gestellt werden, um das Profil der Region zu schärfen. Die Steigerung des Bekanntheitsgrades des rheinland-pfälzischen Weinbaus durch gemeinsame Präsentationen in den Quellmärkten bzw. Verbraucherregionen ist ein weiteres wichtiges Marketingziel.

Die Steigerung der Kundenzufriedenheit durch Qualitätsmanagement bedeutet nicht nur, dass die Produkte von hoher Qualität sind, sondern umfasst auch ein dazugehöriges hochwertiges Serviceangebot.

(c) Produktion optimieren

Ein Ziel der Dienstleistungszentren Ländlicher Raum ist es, durch Bodenordnung moderne und kostengünstig zu bewirtschaftende Weinberge auszuweisen. Die Fachkompetenz der Betriebsleiter, als weiterer wichtiger Faktor für den wirtschaftlichen Erfolg, steht ebenfalls im Mittelpunkt des Arbeitsauftrages bei den DLR.

(d) Rahmenbedingungen verbessern

Sowohl für den Weinbau wie auch für den Tourismus müssen die rechtlichen Rahmenbedingungen so gesteckt werden, dass Eigeninitiative möglich ist und neue Ideen zu Produkten entwickelt werden können.

Eine öffentliche Förderung wird sich in Zukunft mehr auf die Anschubfinanzierung von Pilotprojekten und die Bereitstellung von Infrastruktur konzentrieren.

(e) Kommunikation verbessern und Sektor übergreifende Maßnahmen initiieren

Damit die Synergien stärker als in der Vergangenheit greifen, muss die Kommunikation zwischen den Trägern der Projekte und Angeboten auf allen Ebenen verbessert werden. Dabei sollte immer die Frage nach dem Kundenwunsch im Mittelpunkt stehen.

III. Strategien für die Entwicklung ländlicher Räume

Eine positive regionale Entwicklung kann nur durch die **Zusammenarbeit** aller relevanten Kräfte erfolgreich in Gang kommen. Maßnahmen und Projekte, die die **Netzwerkbildung** unterstützen bzw. aus Netzwerken hervorgehen, sollten besonders gefördert werden.

Dieses Strategiepapier fordert die Konzentration auf folgende **Instrumente und Aktionsebenen**:

- ▶ Die Weiterentwicklung des **Steillagenweinbaus** obliegt in **landesweiter Zuständigkeit** dem Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Mosel. Im Mittelpunkt des Arbeitsauftrages stehen die Erhöhung der Produktivität sowie die Oenologie zur Erzeugung von gebietstypischen Weinen. Die strukturellen und einzelbetrieblichen Entwicklungen sollen koordiniert und beschleunigt werden.
- ▶ Durch ländliche **Bodenordnung**, auch in Form reiner Kulturlandschaftsprojekte, sollen innerhalb ausgewählter räumlicher Schwerpunkte die Weinbergsflächen neu geordnet und erschlossen werden, so dass ein betriebswirtschaftlich sinnvoller Steillagenweinbau ermöglicht werden kann. Dabei kommt den Belangen der Dorfentwicklung, des Tourismus und des Naturschutzes eine hohe Bedeutung zu.
- ▶ Das bei dem DLR Mosel neu errichtete **Steillagenzentrum** soll Forschungsmaßnahmen zum Steillagenweinbau und zur Oenologie landesweit nutzbar machen.
- ▶ Der **Arbeitskreis Steillagenweinbau** beim DLR Mosel soll ein Forum für einen regen Gedankenaustausch bilden, mit dem Ziel, Defizite anzusprechen, konkrete Lösungen zu entwickeln und Umsetzungsvorschläge zu erarbeiten.
- ▶ Das Kompetenzzentrum für Markt und Marketing (beim DLR in Oppenheim) soll spezifische Angebote für **regionale Projekte zur Vermarktung** des Steillagenweinbaus entwickeln.
- ▶ Die Tourismuseinrichtungen des Landes sollen zusammen mit der Rheinland-Pfalz Tourismus GmbH eine enge Zusammenarbeit mit den Gebietsweinwerbungen anstreben.
- ▶ Der rechtliche Rahmen soll dahingehend verändert werden, dass die **Eigenverantwortung der Betriebe** stärker zum Tragen kommt und Initiativen schneller umgesetzt werden.
- ▶ Finanzielle Förderungen sollen dort eingesetzt werden, wo eine Veränderung möglich und nötig erscheint, der Einzelne aber damit überfordert ist. Die Durchführung von Weinbergsflurbereinigungen, der Bau von Monorackbahnen, die Einrichtung von Tourismuszentren und der Bau von Radwegen sollen prioritär gefördert werden, wenn sie eine hohe regional- und strukturpolitische Bedeutung haben.
- ▶ Die Dienstleistungszentren Ländlicher Raum und die Tourismus Regionalagenturen sollen die Vernetzung und die Kommunikation der Akteure aktiv unterstützen, z.B. sollen Synergieeffekte bei der gemeinsamen Vermarktung von Veranstaltungen und Erzeugnissen erkannt und unterstützt werden. Bei den DLR soll ein effizientes Controlling für die einzelnen Projekte aufgebaut werden.
- ▶ Das vom MUFV durchgeführte Projekt „Roter Weinbergspfirsich“ soll weiter ausgebaut und Vermarktungsstrategien entwickelt werden.
- ▶ Strukturelemente wie Trockenmauern in Steillagen und Hohlwege in den übrigen Lagen sollen unter naturschutzfachlichen Aspekten mittels pilothafter Projekte für fremdenverkehrliche/touristische und umweltbildende Vorhaben genutzt werden.
- ▶ Die **Weiterbildungs- und Beratungsangebote** bei den DLR sollen gezielt auf die in diesem Kapitel beschriebenen Maßnahmen ausgerichtet werden.
- ▶ In den Impuls-Regionen soll die Zusammenarbeit der Akteure von Weinbau, Tourismus, Gastronomie und Naturschutz in Arbeitsgruppen organisiert und gezielt moderiert werden. Diese Arbeitsgruppen in ILE oder Leader sollen Projekte entwickeln, die in der Region das **Bewusstsein** für die Einzigartigkeit der Kulturlandschaft stärken, eine **Dynamik** der Veränderung auslösen und sowohl Bevölkerung wie Gäste in diesen **Veränderungsprozess** einbeziehen.
- ▶ In einer Tagung im Jahre 2009 sollen gelungene Bodenordnungsverfahren zum Erhalt des Steillagenweinbaus aus allen Weinbaugebieten Deutschlands und mögliche Nutzungsalternativen (z.B. Roter Weinbergspfirsich) vorgestellt werden.

III. Strategien für die Entwicklung ländlicher Räume

1.2.3 Entwicklung von Kulturlandschaften mit geologischen Besonderheiten

Die rheinland-pfälzischen Mittelgebirgslandschaften weisen vielfältige Landschaftstypen auf. Einige davon zeichnen sich durch geologische Besonderheiten in Kombination mit einer vielfältigen Pflanzen- und Tierwelt aus.

Kulturlandschaften mit herausragenden geologischen Besonderheiten, z.B. durch Vulkane geprägte Landschaften, sind meist landwirtschaftliche Grenzertragsstandorte, die zunehmend aus der Bewirtschaftung herausfallen. Eine geeignete Möglichkeit der Einkommenssicherung für Landwirte kann dort der Vertragsnaturschutz darstellen. Auch von Touristen werden derartige Kulturlandschaften (z.B. die Vulkaneifel) sehr geschätzt. Touristen erwarten die Erhaltung und die Pflege der bestehenden Wanderinfrastruktur und die Ergänzung durch attraktive Fernwanderwege. Naturparke haben hier eine zentrale Funktion.

Ziel muss es sein, die Besonderheiten solcher Kulturlandschaften herauszustellen, optimale Bedingungen für eine schonende, umweltgerechte landwirtschaftliche Nutzung zu schaffen und gleichzeitig eine touristische Erschließung zu entwickeln.

Für eine Übertragung auf andere Kulturlandschaften mit geologischen Besonderheiten eignen sich besonders folgende Maßnahmen:

- Wiederherstellung der Kulturlandschaft durch Sicherstellung bzw. Wiedereinführung der landwirtschaftlichen Nutzung mit Unterstützung durch die ländliche Bodenordnung.
- Landschaftliche Herausarbeitung der geologischen Besonderheiten durch Flächenmanagement und Einrichtung touristischer Aussichtspunkte.
- Unterstützung der Aktion Blau und Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie.
- Auflösung von Nutzungskonflikten zwischen den verschiedenen Landnutzungsformen.
- Sicherstellung und Neuanlage von Streuobstwiesen als Bestandteile der Kulturlandschaft, dauerhafte Pflege und Vermarktung.
- Erhaltung der Kulturlandschaft durch vielfältige Maßnahmen im Rahmen des Vertragsnaturschutzes.

Hierzu gibt das Strategiepapier folgende Empfehlungen:

- Das Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Eifel soll gemeinsam mit der Lokalen Aktionsgruppe der Leader-Region „Vulkaneifel“ pilothaft das Modellprojekt „Bodenordnung zum Erhalt der Kulturlandschaft mit besonderem geologischen Erbe“ in den Gemeinden Schalkenmehren und Udler durchführen.
- Neue Konzepte im Rahmen des Vertragsnaturschutzes (z.B. „Partnerbetrieb Naturschutz“ oder „Großweidesysteme“) sollen entwickelt und erprobt werden.
- Die für das Jahr 2010 zu erwartenden ersten Ergebnisse sollen für weitere Projekte mit gleicher oder ähnlicher Zielrichtung in ganz Rheinland-Pfalz nutzbar gemacht werden und in einer landesweiten Tagung im Jahre 2010 zusammen mit anderen Kulturlandschaftsprojekten präsentiert werden.



III. Strategien für die Entwicklung ländlicher Räume

1.2.4 Offenhaltung von Kulturlandschaften

Landwirtschaftliche Grenzertragsstandorte in Rheinland-Pfalz sind zunehmend von einem Rückzug der aktiven Bewirtschaftung betroffen. Das gilt vor allem für die Seitentäler größerer Flüsse und für die Täler in Mittelgebirgs-lagen. Früher weinbaulich genutzte Steillagen werden nicht mehr bewirtschaftet. Die Aufgabe der Bewirtschaftung führt zu Landschaftsbildveränderungen, die hauptsächlich durch eine Verbuschung und durch Aufforstung gekennzeichnet sind. Diese Veränderungen haben weit reichende Auswirkungen. Beispielsweise führt eine deutliche Veränderung des Kleinklimas zum Verlust wertvoller Arten oder zur Vermoosung der Dächer von Gebäuden.

Zudem schadet ein Rückgang der traditionellen Bewirtschaftung, wie z.B. des Steillagenweinbaus, dem ästhetischen Gesamtbild der Landschaft. Dadurch werden auch die Lebensqualität der Region sowie der Tourismus beeinträchtigt.

Wenn in landschaftsprägenden ausgewählten Gebieten die Möglichkeit einer landwirtschaftlichen Nutzung aus ökonomischen oder sonstigen Gründen ausscheidet, ist es das Ziel, die Landschaft durch Kulturlandschaftsprojekte dauerhaft offen zu halten. Durch die Entwicklung einer abwechslungsreichen Kulturlandschaft soll der touristische Wert erhöht werden. Die Offenhaltung der Landschaft zielt zudem auf die Erhaltung und Schaffung vielfältiger Biotope, wodurch eine Verbesserung der Artenvielfalt angestrebt wird.

Vor diesem Hintergrund hat das Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz im Mittelrheintal ein Erprobungs- und Entwicklungsvorhaben „Nachhaltige Entwicklung xerothermer Hanglagen am Beispiel des Mittelrheintals“ initiiert, das sich zum Ziel gesetzt hat, verschiedene Nutzungs- und Pflegemaßnahmen, sowie begleitende Maßnahmen zur nachhaltigen Entwicklung von Kulturlandschaften zu erproben. Im Rahmen dieses Projektes wurden Maßnahmen der Erstpflege von brach gefallen Landschaften in verschiedenen Verbuschungsstadien in der Praxis getestet (z.B. Entbuschung mit Panzerketten oder durch Abbrennen).

Einen Schwerpunkt bildet dabei die Folgepflege, die im Bereich des Kesterter Waldes mit gutem Erfolg durch Beweidung mit halbwilden Burenziegen erfolgt.

Zur weiteren Vorgehensweise gibt das Strategiepapier folgende Empfehlungen:

- Die Ergebnisse des Erprobungs- und Entwicklungsvorhabens sollen fachlich angepasst in Abstimmung mit dem Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz auf möglichst alle Kulturlandschaften, insbesondere mit Steillagen, in Rheinland-Pfalz übertragen werden.
- Bei Bedarf sollen mit Hilfe von Bodenordnungsverfahren, unter Einschluss von Projekten des Vertragsnaturschutzes, Maßnahmen zur Offenhaltung der Kulturlandschaft realisiert werden.
- Am Beispiel der Gebietskulisse des Projektes Bacharach, Oberheimbach, Niederheimbach, u.a. soll ein erstes Vorhaben dieser Art modellhaft in die Praxis umgesetzt werden.
- Die Dienstleistungszentren Ländlicher Raum sollen im Rahmen von Bodenordnungsverfahren innerhalb bedeutsamer Kulturlandschaften verstärkt Maßnahmen der nachhaltigen Offenhaltung von Landschaften unterstützen, wenn eine landwirtschaftliche Nutzung nicht flächendeckend möglich ist.
- Im Jahre 2011 sollen die Ergebnisse dieser Offenhaltungsstrategien im Rahmen einer Tagung breit kommuniziert werden.
- Die bisherigen Offenhaltungsstrategien im MWVLW und dem MUFV sollen überprüft, stärker aufeinander abgestimmt und erweitert werden.
- Alternative Nutzungen wie z. B. Wiederaufbau alter heimischer Obstsorten oder die Anlage von Kräutergärten sollen beispielhaft im Mittelrheintal und am Haardtrand erprobt werden.

III. Strategien für die Entwicklung ländlicher Räume

1.3 Förderung der Unternehmensentwicklung - Gründungsprozesse

Gerade im ländlich geprägten Rheinland-Pfalz tragen die mittelständischen Unternehmen aus dem Bereich der Landwirtschaft, der Industrie, des Handwerks und der vielfältigen Dienstleistungsbereiche ganz wesentlich dazu bei, Wirtschaftskraft und Lebensqualität auf dem Land zu sichern und Arbeitsplätze zu schaffen bzw. zu erhalten. Von daher unterstützt die Landesregierung sie sowohl über die Entwicklung der Infrastruktur als auch über einzelbetriebliche Förderung.

Ein zentrales Ziel ist es, die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen in den ländlichen Räumen zu fördern. Hierzu steht den Unternehmen eine Vielzahl von Förderinstrumenten zur Verfügung. In besonders strukturschwachen Regionen können insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen verlorene Zuschüsse zu Investitionen gewährt werden, die einen besonderen Beitrag zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit leisten.

Daneben stehen sowohl Programme etwa zur Gewährung zinsgünstiger Darlehen, von Beteiligungen oder Bürgschaften als auch Programme zur Verbesserung des Zugangs zu Auslandsmärkten zur Verfügung. Auch die Qualifizierung der Beschäftigten dient der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.



Durch Ziel gerichtete Förderprogramme des Europäischen Sozialfonds - Ziel 2 (Qualifikation der Arbeitskräfte) - können die Förderung der Berufsausbildung, Förderung des Lebens begleitenden Lernens und der Weiterbildung sowie die Förderung von Innovationen gezielt unterstützt werden.

Eine wesentliche Aufgabe ist es auch, die Innovationsfähigkeit der Betriebe zu unterstützen und die Gründung neuer, innovativer Unternehmen zu fördern. Dies geschieht durch zielgerichtete Förderprogramme wie z.B. der einzelbetrieblichen Technologie- und Innovationsförderung, der Förderung von Innovationsberatung oder der Förderung von technologieorientierten Gründungen. Darüber hinaus wird der Wissens- und Technologietransfer über Transfer Einrichtungen aktiv unterstützt. Durch Kooperationen mit anwendungsorientierten Forschungseinrichtungen können zudem die gerade bei kleinen Unternehmen meist fehlenden FuE-Kapazitäten ausgeglichen werden.

Über den Wettbewerb „Mittelstandsfreundliche Kommunen“ will die Landesregierung auch die Kommunen direkt dazu anregen, durch service- und unternehmensorientiertes Handeln die Entwicklung der Betriebe im ländlichen Bereich zu unterstützen.

Die Sicherung der Unternehmensnachfolge und die Gründung neuer Unternehmen ist eine wichtige Voraussetzung zur Erhaltung der Wirtschaftskraft im ländlichen Raum. Im Rahmen eines Modellprojektes, einer wissenschaftlichen Studie und mit der Gründeroffensive „Gründen auf dem Land“ hat die Landesregierung das Gründungspotenzial im ländlichen Raum analysiert und Ansätze zur Stärkung der Gründungsbereitschaft erprobt.

- Auf dieser Grundlage sollen die Förderinstrumente für kleine und mittlere Unternehmen weiterentwickelt werden.
- Die Gründungsbereitschaft soll durch Intensivierung und engere Vernetzung des bereits bestehenden Beratungsangebots angeregt werden.

III. Strategien für die Entwicklung ländlicher Räume

1.4 Grundversorgung und Tourismus

1.4.1 Grundversorgung mit Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs

Im Zuge des demografischen Wandels und des Strukturwandels im Einzelhandel wird voraussichtlich die Zahl der Kommunen in Rheinland-Pfalz anwachsen, in denen kein Geschäft zur Nahversorgung vor allem mit Lebensmitteln mehr existiert. Betroffen sind davon vor allem kleine Kommunen im ländlichen Raum. Voraussichtlich werden vor allem Lebensmittelgeschäfte mit geringer Verkaufsfläche und Lebensmittelgeschäfte in Orten mit wenigen hundert Einwohnern schließen. Mit dem Verlust von Nahversorgungsmöglichkeiten verlieren Gemeinden an Attraktivität als Wohnort, was den Anreiz zur Binnenmigration verstärken kann. Mit dem Verlust von Einzelhandelsgeschäften ist auch eine Verringerung von Möglichkeiten der Einkommenserzielung und der Arbeitsnachfrage verbunden.

Deshalb stellt sich die Frage, wie ortsbezogen dauerhaft tragfähige Lösungen für eine zumindest zeitweise Nahversorgung fortentwickelt und Verknüpfungen zwischen heute getrennten Bereichen des täglichen Lebens hergestellt werden können. Hierbei kommen zum einen mobile Lösungen infrage. So gibt es in Teilen des Landes eine mobile Versorgung der Dörfer mit Lebensmitteln und anderen Waren des täglichen Ge- oder Verbrauchs, zum Teil auch mit Dienstleistungen. Hierbei handelt es sich unternehmerische Versorgungslösungen.

Zudem gibt es Ansätze von Unternehmen oder Personengruppen, Einzelhandelsfunktionen in einem Ladengeschäft mit anderen Dienstleistungsfunktionen in einer Immobilie zu bündeln, um die Fixkosten zu verringern und die Auslastung bzw. Frequenz der Kunden zu erhöhen. Auf diese Weise können verschiedene Dienstleistungsfunktionen, die einzeln dauerhaft nicht aufrecht zu erhalten wären, im Ort gehalten werden.

Es gilt, diese Ansätze zukunftsgerichtet weiterzuentwickeln, dem fortschreitenden demografischen Wandel anzupassen und moderne Technik mit einzubeziehen:

- Je nach Kommune und Standort sind einzelfallbezogen dauerhaft tragfähige Lösungen für die Revitalisierung bzw. Fortentwicklung der Grundversorgung mit Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs zu untersuchen. Hierbei können auch soziale und kommunale Dienste ebenso in die Untersuchung integriert werden wie Kombinationen aus elektronischer Kommunikation und mobilen Lieferdiensten. Eine öffentlich geförderte Konkurrenz zu bestehenden Unternehmen ist dabei zu vermeiden.
- Im Verbund mit den regionalen Aktivitäten der Impuls-Regionen sind Handlungsansätze pilothaft zu entwerfen. Sie sollen z.B. über das Entwicklungsprogramm PAUL bzw. das Förderprogramm für den Einzelhandel finanziell unterstützt werden.
- Als Handreichungen können Machbarkeitsstudien in Auftrag gegeben werden, um wichtige Faktoren wie Rechtsform, Wirtschaftlichkeit, Angebotsvielfalt, Belieferung, Marketing und Personalausstattung von Multifunktionseinrichtungen zu untersuchen. Dabei sind auch Schulungsmodelle mit einzubeziehen.
- In Tagungen und Workshops sollen die besten Ideen erörtert und anderen Gemeinden als Handreichungen angeboten werden. Die Ergebnisse sollen im Internet oder auf anderen Plattformen kommuniziert werden.

III. Strategien für die Entwicklung ländlicher Räume

1.4.2 Tourismusstrategien für den ländlichen Raum

Aufgrund der vielfältigen Landschaften hat das Land Rheinland-Pfalz auf dem Gebiet des Tourismus hervorragende Chancen. In allen Regionalkonferenzen bildete die Diskussion über die Weiterentwicklung des Tourismus einen besonderen Schwerpunkt.

Aus den unterschiedlichen Blickwinkeln der Regionen haben Tourismusverbände, politisch Verantwortliche und andere Akteure eine Konzentration auf die chancenreichen Themen gefordert. Dabei wurden vor allem die Themen

- Weintourismus,
- Wandertourismus,
- Gesundheitstourismus und
- Radtourismus

in den Mittelpunkt gestellt, da die Wettbewerbsvorteile der Tourismusbranche des Landes Rheinland-Pfalz auf besten Voraussetzungen für genau diese Schwerpunktthemen beruhen.

Immer wieder wird auch eine Qualitätsoffensive eingefordert, die die touristische Infrastruktur und Barrierefreiheit genauso umfasst, wie die Service- und Erlebnisqualität sowie die Qualität der Hotelbetriebe.

Die besondere Bedeutung der rheinland-pfälzischen Orts- und Landschaftsbilder wurde als wesentliche Grundlage für den Tourismus herausgearbeitet.



Deshalb bedeutet eine Pflege und Weiterentwicklung der Dörfer und der Kulturlandschaften immer auch eine Stärkung der Tourismusbranche.

Dieses Strategiepapier empfiehlt den Impuls-Regionen folgende Vorgehensweise:

- Die Regionen sollen ihre touristischen Zielsetzungen an diese übergeordneten Rahmenbedingungen anpassen und überregional wirksame Tourismusprojekte vor allem auf den Gebieten der genannten Schwerpunkte entwickeln.
- Bei der Konzeption von Tourismusstrategien müssen die Bedürfnisse der Hauptzielgruppen im Mittelpunkt stehen, dabei sollen vor allem auch die Wünsche ausländischer Touristen berücksichtigt werden.
- Der Forderung aus den Regionalkonferenzen, konsequent auf Qualität zu setzen, ist in allen Tourismusregionen Rechnung zu tragen. In Tourismusprojekten soll, wenn möglich, Barrierefreiheit angestrebt werden. Ein im Rahmen des Projektes 1.2.3 zu errichtender Aussichtsturm soll eines von 10 Pilotprojekten zum barrierefreien Bauen sein.
- In einer Großtagung im Jahre 2009 sollen Erfahrungen ausgetauscht und Tourismusprojekte zu den genannten Schwerpunktthemen präsentiert werden.

III. Strategien für die Entwicklung ländlicher Räume

1.4.3 Flächenmanagement für Tourismus in ländlichen Räumen

Zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze und zur Verhinderung der Abwanderung in ländlichen Räumen kommt dem Tourismus eine besondere Bedeutung zu. Tourismus in ländlichen Räumen benötigt intakte Kulturlandschaften. Hierbei lassen sich die unterschiedlichen Interessen ideal miteinander verknüpfen. Durch die aktive Bewirtschaftung der Kulturlandschaft sind die Land- und Forstwirte auch in Zukunft die wichtigsten Naturschützer. Der Tourismus profitiert von der Kulturlandschaft und vom Naturschutz, denn nur intakte Landschaften mit hoher Artenvielfalt laden ein zu erholsamen Spaziergängen, Wanderungen oder Radtouren.

Um Rad- und Wanderwege auszuweisen, eine touristische Erschließung zu ermöglichen und Flächen beanspruchende Sportanlagen zu schaffen, ist ein intelligentes Flächenmanagement erforderlich.



Aus diesem Grund wird zur Unterstützung der Ausstattung mit touristischer Infrastruktur, der einzelbetrieblichen Tourismusmaßnahmen und touristischer Marketingmaßnahmen im Verbund mit weiteren Entwicklungszielen des ländlichen Raumes die ländliche Bodenordnung eingesetzt.

Folgende Maßnahmen sind im Rahmen der ländlichen Bodenordnung verstärkt durchzuführen:

- Ergänzung und Verbesserung einer qualitativ hochwertigen touristischen Erschließung für Sport-, Freizeit-, und Aktivtouristen (zusammenhängende Verbindungen für Radfahrer, Wanderer und Nordic-Walker).
- Offenhalten von Talauen sowie Sicherung und Wiederherstellung eines vielfältigen Landschaftsbildes mit dem Ziel, Erholungssuchenden aus den Verdichtungsräumen in den ländlichen Räumen Ruhe und Erholung zu bieten und das Naturerlebnis von Besuchern zu intensivieren.
- Unterstützung von Diversifizierungsmaßnahmen im Rahmen der integrierten ländlichen Entwicklung, verbunden mit der ländlichen Bodenordnung, um für die landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und weinbaulichen Betriebe im Tourismussektor neue Einkommensquellen erschließen.
- Flächenbereitstellung für touristische Anlagen.
- Weiterentwicklung kulturhistorisch bedeutsamer Anlagen (z.B. Limes oder Westwall) mit Hilfe der ländlichen Bodenordnung mit dem Ziel, sie dem Tourismus zugänglich zu machen.
- Beratungen und Schulungen regionaler Akteure im Rahmen der integrierten ländlichen Entwicklung (z.B. Schulung von Naturführern).
- Tagungen und Workshops mit der Vorstellung bester Projekte.

III. Strategien für die Entwicklung ländlicher Räume

1.5 Alternative Energieversorgung, Energiemix, Nahwärmeversorgung

In den ländlichen Räumen von Rheinland-Pfalz kann durch zukunftsgerichtetes Energiemanagement zusätzliches Einkommen erwirtschaftet und gleichzeitig ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden. Bei dieser neuen Energievision müssen die Nutzung erneuerbarer Energien wie Nachwachsende Rohstoffe, Solarenergie, Windenergie, Wasserkraft und Erdwärme mit der Verwertung der Abwärme bei der Energieerzeugung mit dem Ziel verbunden werden, einen optimalen Energiemix und regionale Energiekonzepte zu entwickeln.

Der Vorteil der **Wasserkraft** liegt darin, dass Emissionen, wie sie bei Wärmekraftwerken üblich sind, nicht vorkommen. Entsorgungsprobleme für Filterstäube und Verbrennungsrückstände existieren ebenfalls nicht. Die Wasserkraft liefert je nach Flussgebiet und jahreszeitlichem Wasserangebot eine mehr oder weniger konstante Grundlast und trägt dadurch zur Leistungsabsicherung der Energiegewinnung bei. Für Rheinland-Pfalz wurde eine erste Ausbaumöglichkeit von 40 MW für kleine und mittlere Wasserkraftanlagen (4 MW für Anlagen < 100 KW, 36 MW für Anlagen > 100 KW) sowie 199 MW für die Mosel- und Saarkraftwerke identifiziert.

Die **Windkraft** hat sich zur leistungsstärksten Technik der regenerativen Stromerzeugung entwickelt. Rheinland-Pfalz hat in seinen Mittelgebirgen gute Windstandorte.



Die Höhenlagen sind in der Regel menschenfern, aber bewaldet!

Der mögliche Anteil der Windkraft in Rheinland-Pfalz wird v.a. bestimmt durch:

- Windhöflichkeit
- Nabenhöhen
- Rotordurchmesser

Für die Nutzung der Windkraft kommen ausschließlich menschen-, natur- und raumverträgliche Standorte in Frage. Die Standortfestlegung erfolgt durch die Raumordnungs- und Flächennutzungsplanung durch die Ausweisung v.a. in Form von Vorranggebieten.

Das Potenzial beim Ausbau der Windkraft liegt neben neuen Standorten v.a. im Repowering, d.h. im Ersatz bestehender Anlagen durch neue, leistungsstärkere.

In einem stark landwirtschaftlich und forstwirtschaftlich geprägten Land wie Rheinland-Pfalz kommt der **Biomassenutzung** eine besondere Bedeutung zu.

Landwirte stellen ihre Kernkompetenzen durch Produktion von Bioenergie in den Dienst der Energieversorgung und schaffen damit Einkommen und regionale Wertschöpfung. Ebenso wichtig sind die Beiträge zum Klimaschutz, die auf diese Weise erzielt werden.

III. Strategien für die Entwicklung ländlicher Räume

Hierfür haben die Land- und Forstwirte im Zusammenwirken mit den Planungsgemeinschaften und den Gemeinden in Zukunft alle Potenziale auszuschöpfen, die gleichzeitig der Strom- und Wärmegewinnung dienen. Dabei geht es sowohl um die Fermentierung von Biomasse, die Kraftstofferzeugung als auch die traditionelle Nutzung von Holz als Brennstoff. Die besondere geologische Situation in Rheinland-Pfalz macht es möglich, Energie aus Erdwärme und auf exponierten Standorten Windenergie zu gewinnen. Rheinland-Pfalz hat vornehmlich am Oberrhein günstige Untergrundverhältnisse, die die Nutzung der Tiefengeothermie für Wärme und Stromerzeugung besonders aussichtsreich machen. Die Entwicklung der Geothermie ist ein zukunftsfähiger Baustein im System der Erneuerbaren Energien. Es ist ein wichtiges Ziel, alle vorgenannten Energieformen mit der Nutzung von Solarenergie zu kombinieren und damit die Grundlage für einen zukunftsgerichteten Energiemix zu schaffen.

Da bei den Gemeinden und potenziellen Energiewirten erheblicher Wissens- und Koordinierungsbedarf besteht, hat die Landesregierung die Bildung eines „Kompetenznetzwerkes Nachwachsende Rohstoffe“ initiiert und im Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Eifel ein „Beratungszentrum Nachwachsende Rohstoffe“ eingerichtet. Das Kompetenznetzwerk hat sich zum Ziel gesetzt, eine Gesamtkonzeption Biogas zu erstellen, die Entwicklung der Biokraftstoffe zu begleiten, die Potenziale schnell wachsender Hölzer zu erforschen sowie Konzepte für den Energiemix in Kommunen auf den Weg zu bringen.“

Auf dieser Grundlage hat das Beratungszentrum Nachwachsende Rohstoffe **nachfolgende Aktivitäten** in Angriff zu nehmen, bzw. durch Beratung zu begleiten:

- Erarbeitung von Grundlagen, Studien und Handreichungen für die Energieerzeugung und Energieverwertung (Energiemix) und Herstellung geeigneter Plattformen.
- Beratung und Hilfestellung der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe bei der Investition in Nachwachsende Rohstoffe, wie beispielsweise Biogasanlagen.
- Weiterentwicklung eines wirtschaftlichen Netzwerkes (Cluster), in welches z.B. der landwirtschaftliche Berufsstand, die Abnehmer der Rohstoffe und der Energie sowie wissenschaftliche Einrichtungen eingebunden sind.
- Erstellung von Handreichungen für Gemeinden als Grundlage für die Beratung ihrer Flächennutzungspläne, Wärmeverwertungsplanungen und der Landschaftsplanung für Nachwachsende Rohstoffe und Tourismuskonzepte.
- Unterstützung der Erzeugung regenerativer Energien, unter anderem im Rahmen des Entwicklungsprogramms PAUL und des Programms „Wachstum durch Innovation“
- Durchführung von Tagungen und Workshops mit Vorstellung bester Projekte und Diskussion der Chancen und Risiken des Energiemixes in ländlichen Räumen.



III. Strategien für die Entwicklung ländlicher Räume

1.6 Breitbandversorgung in ländlichen Räumen

Die Versorgung mit Breitband-Internet ist für die Zukunft der ländlichen Räume von Rheinland-Pfalz ein besonders bedeutsames Ziel. Schnelles Internet ist die Chance für die ländlichen Räume, die Nachteile der großen räumlichen Distanzen zu kompensieren. Landwirte benötigen zunehmend Breitband-Internet, um Betriebsabläufe zu unterstützen, in Zukunft Prämien zu beantragen oder Service-Dienste zu nutzen, wie z.B. den Wetterdienst. Für Unternehmen aller Branchen, vor allem aber für Dienstleistungsfirmen im ländlichen Raum, ist schnelles Internet genauso eine unabdingbare Standortvoraussetzung wie für Unternehmensgründungen aller Art. Moderne internetbasierte Möglichkeiten wie E-Commerce und E-Learning erleben einen rasanten Aufschwung. Verwaltungsdienstleistungen im Internet, sowie der Internethandel steigen Jahr für Jahr enorm an. Auch die Senioren öffnen sich zunehmend den Formen der Internetkommunikation. Alle diese Technologien werden die Lebensqualität in ländlichen Räumen in Zukunft enorm verbessern. Die Voraussetzung dafür sind flächendeckende Breitbandanschlüsse.

In vielen Gemeinden der ländlichen Räume in Rheinland-Pfalz fehlen schnelle Internetanbindungen. Die DSL-Technik, momentan Standardtechnologie für Breitband-Internet, wird einen Großteil der Gemeinden des ländlichen Raumes wegen fehlender Rentabilitätsaussichten voraussichtlich nicht erreichen. Andere Breitbandtechnologien, wie Funklösungen, Techniken via Satellit oder Fernseekabel könnten diese Lücke schließen.

Für die Zukunft ist dabei wichtig, dass die rasante Ausbreitung der Medien- und Informationsgesellschaft mittlerweile alle Lebensbereiche erreicht. Schnelle und preiswerte Internetanschlüsse sind die Voraussetzung zur Teilhabe an der Wissensgesellschaft. Bei der Standortentscheidung von Unternehmen, wie auch bei der Wohnortentscheidung von Privatpersonen, spielt der Zugang zu schnellem Internet eine bedeutende, oft ausschlaggebende Rolle.

Die Breitbandinitiative Rheinland-Pfalz hat deshalb im Jahre 2007 ein Gutachten zur Erarbeitung einer Breitbandkonzeption 2007-2011 in Auftrag gegeben. Die angelaufene Breitbandworkshopreihe soll prozessorientiert fortgeführt werden.

Zur Herstellung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und zum Ermöglichen schneller Internetverbindungen in ländlichen Räumen wird ein **Unterstützungsprogramm mit nachfolgenden Maßnahmen** aufgelegt:

- ▶ Das Land Rheinland-Pfalz ist an den Bund herangetreten, auch im Rahmen der „Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz“ Mittel für Breitbandversorgung bereitzustellen. Damit soll die finanzielle Förderung von Breitbandinitiativen auch ausserhalb von Gewerbegebieten ermöglicht werden. Der Bund hat dem entsprochen und das Fördervolumen der Gemeinschaftsaufgabe erhöht.
- ▶ In Leader-Aktionsgruppen können im Entwicklungsprogramm PAUL in beschränktem Umfang entsprechende Initiativen ergriffen werden.
- ▶ Mit Pilotprojekten und der Durchführung von Tagungen und Workshops zur Vorstellung bester Projekte der Breitbanderschließung sollen in ländlichen Räumen möglichst schnell Beiträge für zukunfts-gerechte Kommunikationslösungen entwickelt werden.
- ▶ Für Seniorinnen und Senioren sind spezielle Bildungsangebote zu schaffen, um noch bestehende Defizite abzubauen und die Chancen gesellschaftlicher und politischer Partizipation zu erweitern.
- ▶ Im Rahmen des EFRE-Programms „Wachstum durch Innovation“ werden Mittel in Form von Zuschüssen oder Darlehen für konkrete Projekte bereitgestellt, die der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen in den ländlichen Räumen dienen.

III. Strategien für die Entwicklung ländlicher Räume



III. Strategien für die Entwicklung ländlicher Räume

1.7 Mobilität durch flexible Nahverkehrssysteme

Mit zunehmend ländlicher Prägung des Raumes nimmt die Möglichkeit eines wirtschaftlich tragfähigen und zugleich attraktiven Öffentlichen Personennahverkehrs ab. Die Folgen sind ein lückenhaftes Angebot und damit der Zwang zur Autonutzung.

Besonders starke Defizite gibt es in Zeiten schwacher Auslastung und im Kurzstreckenbereich. Darunter leiden besonders die am wenigsten mobilen Teile der Bevölkerung, wie Behinderte, Senioren und Kinder. Es besteht in der öffentlichen Meinung jedoch Konsens, dass ein Grundangebot an öffentlich bereitgestellter Mobilität zur Daseinsvorsorge zählt. Gerade die zunehmende Zentralisierung erfordert Erreichbarkeitsstandards, vor allem in den strukturschwachen ländlichen Gebieten.

In Rheinland-Pfalz sind die Landkreise und die kreisfreien Städte Aufgabenträger für den öffentlichen Personennahverkehr. In diesem Rahmen sind sie gesetzlich aufgefordert, auch in verkehrsschwachen Räumen und zu verkehrsarmen Zeiten eine Grundversorgung mit Verkehrsleistungen zu gewährleisten und hierzu insbesondere flexible Bedienformen anzubieten.

Die gängigsten Systeme sind die Anruf-Sammel-Taxis, Bürgerbusse oder Ruftaxis. Prinzipiell bedienen diese Systeme bestimmte Linien zu festgelegten Tarifen. Sie fahren jedoch nur, wenn sie vom Fahrgast telefonisch geordert werden.



Seit 1992 ist in den ÖPNV-Förderrichtlinien des Landes eine Mitfinanzierung alternativer Verkehrsdienste in Bezug auf die ungedeckten Betriebskosten geregelt. Die Förderung durch das Land setzt zunächst voraus, dass es sich bei dem jeweiligen Bedienungsgebiet um einen verkehrsschwachen Raum handelt und dass das entsprechende Verkehrsangebot im Rahmen der Umsetzung von Nahverkehrsplänen geschaffen wird.

Voraussetzung ist weiter, dass die Verkehrsangebote zur Sicherstellung einer verkehrlichen Grundversorgung geboten sind und eine entsprechende Verkehrsbedienung im Bus- oder Schienenverkehr nicht zu wirtschaftlich vertretbaren Konditionen möglich ist.

Verdichtungs- und Ergänzungsfahrten auf bestehenden Linien, bei denen zur Verringerung der Kosten anstelle eines Busses ein Taxi eingesetzt wird, sind grundsätzlich im Rahmen des jeweiligen Linienverkehrs zu finanzieren.

Die finanzielle Förderung durch das Land erfolgt im Wege der Anteilsfinanzierung; dabei wird im ersten und zweiten Betriebsjahr bis zu 50 v. H., im dritten Betriebsjahr bis zu 40 v. H. und nachfolgend bis zu 30 v. H. der jährlichen Kostenunterdeckung ausgeglichen.

Das Förderprogramm unterliegt keiner zeitlichen Befristung; insoweit können - vorbehaltlich der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel - auch weiterhin Neuvorhaben in eine Bezuschussung durch das Land aufgenommen werden.

III. Strategien für die Entwicklung ländlicher Räume

In einigen Landkreisen des Landes Rheinland-Pfalz existieren bereits professionelle flexible Bedienformen des Öffentlichen Personennahverkehrs. Teilweise gibt es auch auf kleinräumigen Ebenen lokale Lösungen.

Beispielsweise können für weniger mobile Bevölkerungsgruppen ohne Pkw, wie Kinder, Jugendliche, Senioren oder Pflegebedürftige, in Ergänzung des ÖPNV Fahrdienste oder Tagesbusse organisiert werden.

Denkbar sind aber auch mobile Einrichtungen als Besuchsdienst oder mit festen Standzeiten in den einzelnen Ortschaften der Region.

Eine der wichtigsten Aufgaben ist es, Kommunen bei der Erarbeitung und Erprobung flexibler Bedienformen des Öffentlichen Personennahverkehrs zu unterstützen, um die Attraktivität und die Wirtschaftlichkeit des Öffentlichen Personennahverkehrs möglichst landesweit zu verbessern und zukunftsfähig zu organisieren.

Im Auftrag des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung sowie des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung erarbeiteten das Wuppertal Institut und das Planungsbüro Transport und Verkehr aus Karlsruhe ein Handbuch zur Planung flexibler Bedienungsformen, das im Februar 2008 vorliegen soll. Auf der Grundlage einer systematischen Erfassung und Evaluierung bestehender flexibler Angebotsformen in Deutschland soll das Handbuch den kommunalen und regionalen Akteuren der Regional- und Verkehrsplanung Hintergrundinformationen und Planungshilfen zur Grobkonzeption flexibler ÖPNV-Angebote vermitteln.

- In Diskussionsplattformen, Tagungen und Workshops sollen z.B. Kommunen, Fachverwaltungen, Forschungseinrichtungen, Tourismusdienstleistern und anderen Stellen diese Hintergrundinformationen und Planungshilfen umfassend vermittelt werden.



III. Strategien für die Entwicklung ländlicher Räume

1.8 Machbarkeitsstudien für bedeutsame Vorhaben im ländlichen Raum

Die Unterstützung bedeutender Vorhaben hat zum Ziel, die nachhaltige Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und Dienstleistern, und damit die Schaffung und Sicherung von Dauerarbeits- und -ausbildungsplätzen zu gewährleisten. Grundsätzlich soll für keinen Wirtschaftszweig eine bevorzugte Förderung vorgesehen werden. Das nachfolgend ausgewählte Beispiel „Dienstleistungen“ soll lediglich aufzeigen, wie neue Denkprozesse in Gang gebracht werden können.

Die Bedeutung der Dienstleistungen, welche inzwischen zum Motor für Wachstum und Beschäftigung im ländlichen Raum geworden sind, wird durch die vermehrte Nutzung von moderner Informations- und Kommunikationstechnik weiter zunehmen. Während in den anderen Wirtschaftsbereichen Arbeitsplätze verloren gehen, zählen vor allem der Freizeitbereich und Tourismus zu den wachsenden Zukunftsbranchen. Daher gilt es, z.B. das geänderte Reiseverhalten, insbesondere auch im Hinblick auf den Alterungsprozess der Gesellschaft und das gestiegene Gesundheitsbewusstsein zu nutzen und mit anderen innovativen Entwicklungsprozessen zu verbinden. (siehe hierzu auch Initiative Gesundheitswirtschaft in III.1.9.1)

Dieses Handlungsfeld führt zur Stärkung der Wirtschaftskraft und schafft zusätzliche Einkommensmöglichkeiten und Arbeitsplätze. So könnten z.B. bei der Entwicklung eines bäuerlichen Qualitätstourismus eine Vielzahl von Partnern eingebunden werden. Beherbergende Betriebe nutzen ländliche Häuser und Scheunen für den Tourismus um. Als weitere Partner für einen Qualitätstourismus bieten sich an: Tourismusverbände, Zulieferer von Lebensmitteln in regional ausgewählter Spitzenqualität, Angehörige der Heil- und Pflegeberufe, Freizeitanbieter und Gestalter, Logistik- und Busunternehmen sowie Gaststätten, Ausflugslokale, Banken und Berater.

- ▶ In Impuls-Regionen können regional angepasste bedeutende Vorhaben für den ländlichen Raum durch Machbarkeitsstudien unterstützt werden.
- ▶ Die aus dem landwirtschaftlichen Sektor entwickelten Einkommensalternativen sowie touristische Aktivitäten können nach Maßgabe der unterschiedlichen Förderprogramme gezielt ausgebaut werden.
- ▶ In den Impulsregionen sind die Instrumente der integrierten ländlichen Entwicklung auch dazu zu nutzen, vor allem das Entwicklungspotenzial aller bedeutsamen Tourismusvorhaben in ländlichen Räumen systematisch zu erschließen, dabei alle Akteure mit einzubeziehen und neben der beratenden Unterstützung nach Maßgabe der geltenden Fördervorschriften sowohl einzel- als auch überbetriebliche Investitionen zu fördern.
- ▶ In Tagungen und Workshops sind (auch Länder übergreifend) die Ergebnisse der Machbarkeitsstudien auszutauschen, auch auf Plattformen anzubieten und in Schulungsprojekten zu präsentieren.



III. Strategien für die Entwicklung ländlicher Räume

1.9 Gesundheitswirtschaft, altersgerechte Lebenswelten und Familienfreundlichkeit in ländlichen Räumen

1.9.1 Gesundheitswirtschaft in ländlichen Räumen

Die Landesregierung hat im Oktober 2006 die Initiative „Gesundheitswirtschaft“ auf den Weg gebracht, die die ländlichen Räume mit einschließt. Ziel ist es, die Chancen und Potenziale dieses Zukunftsmarktes mit hohem Innovations-, Wachstums- und Beschäftigungspotenzial für den Wirtschafts- und Beschäftigungsstandort Rheinland-Pfalz zu identifizieren, den Regionen aufzuzeigen und noch weiter auszuschöpfen. Bereits jetzt haben vierzehn Prozent aller Arbeitnehmer in Rheinland-Pfalz im Bereich der Gesundheitswirtschaft ihren Arbeitsplatz und erwirtschaften rund 8,2 Mrd. Euro im Jahr, was 9,5 Prozent der rheinland-pfälzischen Bruttowertschöpfung entspricht.

Auf einem Fachkongress im Januar 2007 in Bad Kreuznach stellten Gesundheitsministerin Malu Dreyer und Wirtschaftsminister Hendrik Hering erste Ergebnisse einer Studie über die Gesundheitswirtschaft in Rheinland-Pfalz vor, die das Institut für Mittelstandsökonomie an der Universität Trier e.V. (inmit) im Auftrag der beiden Ministerien erarbeitet hat.

Zwischenzeitlich wurde eine Expertenkommission berufen, die aus Verantwortlichen in der Gesundheitswirtschaft sowie aus dem Bereich der Wirtschaftswissenschaften besteht.

- ▶ Diese Expertenkommission soll aufbauend auf der Basisstudie konkrete Handlungsempfehlungen für die Landesregierung als Grundlage für einen Masterplan erstellen.
- ▶ Das Ergebnis wird in Regionalkonferenzen vorgestellt, um daraus konkrete Maßnahmen mit den Beteiligten zu erarbeiten und umzusetzen.
- ▶ Danach sollen erste Projekte in die Implementierungsphase gehen.

1.9.2 Neue Wohnformen in einer Gesellschaft des längeren Lebens

Ältere Menschen wollen möglichst lange selbstständig leben, die meisten in ihrer eigenen Wohnung, viele aber auch in einer Haus- oder Quartiersgemeinschaft, die sich gegenseitig unterstützt, gemeinsam Fremdkräfte organisiert oder sich gegenseitig bei Bedarf Hilfe leistet.

In einem ersten Projekt hat das Deutsche Rote Kreuz, Kreisverband Mainz-Bingen e.V. mit der „Beratungsstelle LebensWohnraum“ eine Regionalstelle für gemeinschaftliches, selbstbestimmtes und Generationen übergreifendes Wohnen eingerichtet.

Aufgabe dieser Regionalstelle ist es, gemeinschaftsorientierte, generationenübergreifende Wohngruppenprojekte zu beraten und zu begleiten.

- ▶ In Impuls-Regionen ist diese Initiative nutzbar zu machen.



III. Strategien für die Entwicklung ländlicher Räume

1.9.3 Stärkung der ärztlichen Versorgung in den ländlichen Räumen

Die Sicherstellung der flächendeckenden Gesundheitsversorgung ist ein zentrales Anliegen der Landesregierung. Rheinland-Pfalz verfügt über eine gute, zum Teil sehr gute ärztliche Versorgung sowohl im stationären, wie auch im ambulanten Sektor. Dennoch zeigt sich, dass es in einigen ländlichen Regionen des Landes schwieriger wird, frei werdende Arztsitze zeitnah wieder zu besetzen. Die Gründe hierfür sind vielschichtig, ursächlich sind aber sicher die zunehmend vielfältigen und attraktiven Berufsfelder in der gesamten Gesundheitswirtschaft, die sich jungen Ärztinnen und Ärzten bieten. Die Berufstätigkeit in der ambulanten Versorgung steht damit in einem Wettbewerb mit alternativen beruflichen Möglichkeiten.

Von einem generellen Ärztemangel kann derzeit nicht gesprochen werden. Auf Grund des ansteigenden Durchschnittsalters bzw. einer sich ändernden Altersstruktur, die in den nächsten Jahren zu einem vermehrten altersbedingten Ausscheiden von Vertragsärztinnen und Vertragsärzten führen wird, muss jedoch rechtzeitig Sorge dafür getragen werden, den ärztlichen Nachwuchs für eine Tätigkeit in der vertragsärztlichen Versorgung zu gewinnen. Insbesondere bei den Hausärzten, denen eine besondere Rolle in der wohnortnahen Versorgung der Bevölkerung zukommt, droht die Schere zwischen altersbedingten Abgängen und den Zugängen auf mittlere und lange Sicht auseinander zu gehen.

Auch mit Blick darauf, dass die Überalterung der Gesellschaft zu einer quantitativ und qualitativ anderen Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen führen wird, hat sich die Landesregierung in den letzten Jahren immer wieder für verbesserte Rahmenbedingungen für die vertragsärztliche Versorgung eingesetzt. Einige der Vorschläge wurden in das GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz und das Vertragsarztrechtsänderungsgesetz aufgenommen und haben bereits wichtige Voraussetzungen für die Verbesserung der Rahmenbedingungen der vertragsrechtlichen Berufsausübung geschaffen. So können punktuelle Versorgungslücken nun einfacher als zuvor durch die Errichtung von Zweigpraxen oder die Anstellung von Ärztinnen

und Ärzten beschlossen werden. Es bedarf aber weiterer konzentrierter Bemühungen aller Beteiligten, um eine dauerhafte Sicherung der hausärztlichen Versorgung zu erreichen.

Das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen wird deshalb gemeinsam mit seinen Partnern einen besonderen Schwerpunkt auf die ambulante Versorgung im ländlichen Raum legen. Mit einem **Konzept zur Stärkung der ambulanten Versorgung** werden weitere Maßnahmen in Rheinland-Pfalz in die Wege geleitet, um frühzeitig möglichen **regionalen Versorgungsengpässen** in der Zukunft **entgegen zu wirken**:

Ein Baustein des Konzepts ist, die Zusammenarbeit zwischen den Gesundheitsberufen neu zu ordnen, um insbesondere in ländlichen Räumen eine Entlastung der Ärztinnen und Ärzte zu erreichen. Gerade in weniger gut versorgten Gebieten werden Ärztinnen und Ärzte entlastet, wenn bestimmte medizinische Aufgaben an nichtärztliches medizinisches Personal delegiert werden.

- ▶ Hierzu gehört auch die weitere Verbesserung der Versorgungssituation durch neue Konzepte wie zum Beispiel der Zusammenarbeit mit besonders qualifizierten Fachdiensten und Gesundheitsfachberufen. Die wachsende Zahl alter multimorbider und allein stehender Menschen spricht für die Einrichtung von „Betreuungsassistentinnen“ und „Betreuungsassistenten“, die unter Verantwortung des Hausarztes immobile Patienten besuchen und ihm einen Teil der Betreuung abnehmen. Ziel ist es, die Ärztinnen und Ärzte von Aufgaben, die sie bisher im Rahmen von Hausbesuchen wahrgenommen haben, zu entlasten. Diese Tätigkeiten können von Angehörigen anderer – speziell qualifizierter – Gesundheitsberufe übernommen werden.
- ▶ Das Konzept sieht unter anderem auch vor, gemeinsam mit den Kommunen für eine Berufsausübung im ländlichen Raum zu werben.

III. Strategien für die Entwicklung ländlicher Räume

1.9.4 Netzwerk Familienbildung, Familienfreundlichkeit

Im Projekt „Netzwerk Familienbildung“ wollen Familienbildungsstätten in Rheinland-Pfalz als Motor und Moderator für Familienbildung alle familienrelevanten Berufsgruppen und Einrichtungen für den Zusammenschluss in einem Netzwerk Familienbildung gewinnen. Diese regionalen Netzwerke eröffnen neue Wege, um Beratungs- und Bildungsangebote alltagsnah an die Orte zu bringen, die ohnehin von Familien aufgesucht werden. Besonderer Wert wird dabei auf die enge Zusammenarbeit mit dem Jugendamt als Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe gelegt, der die Verantwortung für die Jugendhilfeplanung besitzt.

Unterstützt durch eine wissenschaftliche Projektbegleitung durch das Institut für sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. wird dieser Neuorientierungsprozess in drei Familienbildungsstätten in Landau, Koblenz und Montabaur modellhaft durchlaufen; die anderen 16 Familienbildungsstätten werden durch ein Fortbildungsangebot zeitnah an diesem Prozess beteiligt.

Gemessen wird die Familienfreundlichkeit anhand der nachfolgenden 4 Handlungsfelder:

- Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
- Bildung und Ausbildung; dazu gehören Kriterien wie Erreichbarkeit von Schulen, Schulangebote, Schüler-Lehrer-Relation, durchschnittliche Klassengröße in der Primär- und Sekundarstufe, Ausbildungsplatzdichte.
- Erreichbarkeit (räumlich, finanziell, strukturell) von Freizeitangeboten für Kinder und Jugendliche.
- Wohnsituation und Wohnumfeld; dazu gehören beispielsweise Kriterien wie Erschwinglichkeit von Wohneigentum, Entfernungen zu Mittelzentren (Fahrzeiten mit Pkw und ÖPNV), Freiflächen, Kinderarztdichte, Kriminalitätsrate.



- ▶ Nach erfolgreicher Initiierung und Erprobung regionaler Netzwerke für Familienbildung in den 3 o. a. Familienbildungsstätten ist es das Ziel, ab dem Jahre 2007 diese Arbeit weiterzuführen sowie neue Netzwerke an anderen Orten in Rheinland-Pfalz aufzubauen.
- ▶ Die Netzwerkarbeit soll im Rahmen der Regelförderung durch das Land, aber auch durch die Kommunen und die Träger der Familienbildung unterstützt werden.

III. Strategien für die Entwicklung ländlicher Räume

1.10 Gemeindeentwicklung, Flächenkreislaufwirtschaft, Hochwasserschutz

1.10.1 Innenentwicklung durch Bebauungsplan und/oder Dorfflurbereinigung

In vielen Ortskernen kleiner Dörfer des ländlichen Raumes nehmen leer stehende und ungenutzte Wohngebäude und Scheunen, modernisierungsbedürftige Wohnhäuser sowie Baulücken und Dorfbrachflächen ständig zu. Um die Innenbereiche der Dörfer zu stabilisieren, muss Innenentwicklung deutliche Priorität vor der Neuausweisung von Bauflächen haben.

Dies ist auch im Interesse der Bürger am Erhalt eines bezahlbaren Lebensraumes notwendig, da Neuerschließungen langfristig enorme finanzielle Lasten zum Aufbau und Erhalt neuer Infrastruktur erfordern können.

Dies erfordert die Initiierung eines regionalen und kommunalen Flächenmanagements mit dem Ziel, die zur Entwicklung der Gemeinden erforderlichen Flächen über eine regionale Flächenkreislaufwirtschaft bereitzustellen. Unter Flächenkreislaufwirtschaft wird ein Bewirtschaftungsansatz für die gesamte Region verstanden, der vorrangig und systematisch die Ausschöpfung von Potenzialen im Bestand sowie die Inwertsetzung von Brachflächen verfolgt, gleichwohl jedoch auch die unter bestimmten Bedingungen erforderliche Inanspruchnahme neuer Flächen zulässt. Dieser Prozess ist im regionalen Maßstab von den Planungsgemeinschaften zu moderieren.

- Als wichtige Planungsgrundlage für diesen Prozess ist beschleunigt flächendeckend ein kommunales Baulücken- und Leerstandskataster aufzubauen.

Aufgrund des hohen Bedarfs nach einem handhabbaren und rasch umsetzbaren Planungsinstrument für die Innenentwicklung von Gemeinden hat der Gesetzgeber den § 13a BauGB neu gefasst. Werden durch die Änderung oder Ergänzung eines Bauleitplans die Grundzüge der Planung nicht berührt oder wird durch die Aufstellung eines Bebauungsplans der sich aus der vorhandenen Eigenart der näheren Umgebung ergebende Zulässigkeitsmaßstab nicht wesentlich verändert oder enthält er lediglich Festsetzungen nach § 9 Abs. 2a BauGB, kann die Gemeinde das vereinfachte Verfahren anwenden. Damit werden die Aktivierung von Brachflächen und eine Nachnutzung ermöglicht. Weiter ist die Dorfflurbereinigung ein mögliches Instrument zur Mobilisierung von Innenbereichsflächen, wenn diese auf andere Weise nicht erreicht werden kann. Die Einbindung und umfassende Beratung der Bürgerinnen und Bürger ist in allen Fällen frühzeitig zu organisieren.

Auch zur Unterstützung landwirtschaftlicher oder handwerklicher Betriebe kann Dorfflurbereinigung entscheidende Hilfestellungen geben. Dorfflurbereinigungen werden in Impuls-Regionen nur dann eingeleitet, wenn die Gemeinde und die Bürger von den umfassenden Wirkungen dieser Maßnahmen überzeugt und bereit sind, sich intensiv persönlich einzubringen und hierfür Dorfflurbereinigungen einfordern.

Auch aus der Sicht des Tourismus kommt der Dorfflurbereinigung für den Erhalt der Ortsbilder eine besondere Bedeutung zu. Diese Verfahren sollten daher mit Priorität in Orten mit guten touristischen Chancen eingesetzt werden.



III. Strategien für die Entwicklung ländlicher Räume

Durch Dorfflurbereinigung sind vor allem **folgende Leistungen** zu erbringen:

- Aktivierung der Dorfkerns für zukunftsgerichte Aufgaben und Umnutzungen.
- Abriss nicht weiternutzbarer Bausubstanz und Verwendung als Offenbereiche einschließlich Schaffung von privatem und öffentlichem Grün im bebautem Bereich und der angrenzenden Feldflur.
- Flächenaustausch, Grenzbegradigung und Verbesserung des Grenzabstandes zur besseren baulichen Nutzung oder Umnutzung zu Wohn- oder Gewerbebezwecken.
- Anschluss an Wege oder Straßen, rückwärtige neue Zuwegungen, insbesondere für landwirtschaftliche Betriebe.
- Flächenbereitstellung für kommunale Zwecke wie Straßen, Wege, Plätze, neue Ortsausgänge und Randwege, Randeingrünungen, Bachrenaturierung, Uferrandstreifen, Hochwasserschutzanlagen, Maßnahmen der Entsiegelung, Teiche, Feuchtbiotopen, Trockenrasen.
- Beispiele, die die besonderen Wirkungen für die Innenentwicklung von Dörfern als Verbund von Dorfflurbereinigung und Dorferneuerung aufzeigen, sind in Tagungen und Workshops zu diskutieren und auf geeigneten Plattformen herauszustellen.

1.10.2 Strategische Allianzen und Interkommunale Gewerbegebiete

Wirtschaftsansiedlungen und Unternehmensgründungen erfordern häufig wegen der Größe der benötigten Betriebsflächen gemeindeübergreifende Strategien. In regionalen Netzwerken können sich nicht nur einzelne Kommunen gegenseitig ergänzen, sondern im Verbund mit Unternehmen können alle Partner voneinander profitieren.

Durch gemeinsames Vorgehen in ländlichen Räumen lassen sich oft Standortvorteile leichter optimieren und innovative Potenziale besser erschließen. Ziel ist es aus kommunal- und wirtschaftspolitischer Sicht gleichermaßen, bestehende Unternehmen zu stärken und zu erwei-

tern und Neugründungen zur Schaffung von Arbeitsplätzen zu unterstützen.

Wettbewerbsfähiges Wirtschaften verlangt heute sowohl von den Kommunen als auch von den Unternehmern aller Branchen zunehmend kostenträchtige Investitionen in die Infrastruktur (Erschließung), das Standortumfeld, Gebäude, Produktionseinrichtungen und Betriebsausstattungen. Auf dieser Grundlage hat sich die gemeindeübergreifende Zusammenarbeit bei Kommunen zum Teil schon etabliert. Allerdings ist die Wirtschaft bisher nur selten in den Prozess mit einbezogen. Hierauf ist mit **folgenden Maßnahmen** zu reagieren:

- Die Erarbeitung von Entwicklungskonzepten in Impuls-Regionen ist als Plattform zu nutzen, um Kommunen, andere Planungsträger und Unternehmen zusammenzubringen und gemeinsam die Möglichkeiten zur Stärkung der Wirtschaftskraft zu erörtern. Dabei sollten die Bereiche identifiziert werden, in denen eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und Wirtschaft möglich, sinnvoll oder sogar notwendig ist.
- Im Rahmen eines Regionalmanagements sollten Arbeitsgruppen gebildet werden, die Ansatzpunkte, Ideen und die Mitwirkungsbereitschaft der Wirtschaft über die Planung bis zur Ausführung verfolgen.
- In regional angepassten Machbarkeitsstudien können Hilfestellungen für die Ausgestaltung interkommunaler Gewerbegebiete erarbeitet werden, z.B. zum Standort und zu Flächengrößen, zu Kompensationsmaßnahmen, zur Wahl der Rechtsform, zur Verteilung von Kosten und Lasten (einschließlich Gewerbe- und Grundsteuereinnahmen) sowie den verschiedensten Fördermöglichkeiten.
- Die Bodenordnung soll die Flächenbereitstellung für Interkommunale Gewerbegebiete unterstützen.
- In Workshops und Regionalkonferenzen sollen die Ideen zwischen Gemeinden und Unternehmen diskutiert und ausgetauscht werden.

III. Strategien für die Entwicklung ländlicher Räume

1.11 Bildung

1.11.1 Ausbau der Berufsorientierung an Schulen

Im ländlichen Raum von Rheinland-Pfalz wurden erhebliche Engpässe und Problemstellungen bei der Berufsausbildung vorgetragen. Einerseits konzentrieren sich Schülerinnen und Schüler in ihren Berufswünschen immer mehr auf Dienstleistungsberufe („saubere“ Tätigkeiten), so dass viele handwerkliche und Produktionsberufe nicht besetzt werden können. Andererseits sind die schulischen Leistungen vor allem der Hauptschulen von Gesprächspartnern aus der Wirtschaft kritisiert worden.

Die Gesprächspartner aus der Wirtschaft haben vorgetragen, es fehle an Wissen und Können,

vor allem die Beherrschung der Schlüsselqualifikationen müsste verbessert werden. Da gerade die schulische Bildung für das Verbleiben der Schüler vor Ort und damit für den ländlichen Raum insgesamt von großer Tragweite ist, sind Lösungen durch ein Zusammenwirken aller an der Berufsausbildung Interessierten (zum Beispiel Schulen, Betriebe, Kammern, Agenturen für Arbeit, Verbände und Politik) zu suchen. Dabei sind Unternehmen und Handwerksbetriebe grundsätzlich bereit, sich in die Lösungsmodelle einzubringen und die bereits bestehenden Angebote gezielter zu nutzen.

In allen Impuls-Regionen sollen Netzwerke zwischen Schulen, Betrieben, Kammern, Agenturen für Arbeit, Verbänden und anderen Partnern gestärkt oder neu geschaffen werden. Diese Netzwerke sollen folgende Aufgaben übernehmen:

- Unternehmen sind – aufbauend auf den bestehenden Ansätzen – vor allem im ländlichen Raum noch besser mit Schulen zu verknüpfen. Viele Unternehmen sehen eine Bringschuld, um Schülerinnen und Schülern zum Beispiel neue Berufsbilder zur Kenntnis zu bringen. Dies kann in Form von Berufsfindungstagen oder Jobbörsen geschehen.
- In der gymnasialen Oberstufe sollte die Berufswahlvorbereitung weiter intensiviert werden. Zum einen soll den Schülerinnen und Schülern in der 11. oder 12. Klasse verstärkt die Möglichkeit zur Ableistung von Praktika angeboten werden. Zum anderen bietet es sich an, in Abstimmung mit den jeweiligen Vertiefungsbereichen in der Schule Facharbeiten in Zusammenarbeit mit Unternehmen zu initiieren und durchzuführen.
- Je schwieriger es in Zukunft für die Unternehmen wird, in bestimmten Berufen Nachwuchskräfte zu rekrutieren, um so mehr müssen sie sich überlegen, wie sie mit ihren Ausbildungsangeboten überzeugen können. Dazu müssen die vorhandenen Plattformen weiterentwickelt werden. Angebote für Wochen-Praktika oder Praxistage sollten ausgebaut werden. Ebenso ist die Initiierung oder Teilnahme an Projekten wie z.B. "Schule und Arbeitswelt" denkbar. Im Wesentlichen geht es bei diesem Projekt darum, dass Jugendliche bereits während der Schulzeit durch betriebliche Akteure in der Berufs- und Arbeitswelt begleitet werden. Dabei sollen Unterrichtseinheiten, die von Betriebsvertreterinnen und -vertretern vermittelt werden, fest in den Stundenplan integriert sein und in Schule und Betrieb stattfinden.
- Um den ländlichen Raum lebenswert zu erhalten, kommt es darauf an, alle Schülerinnen und Schüler, die in ländlichen Räumen nach einer Ausbildung bleiben oder zurückkehren möchten, auch ein entsprechendes Angebot zu vermitteln. Unternehmen im ländlichen Raum haben vielfach geäußert, dass sie für ihre Führungspositionen und für qualifizierte Aufgaben lieber auf Personen zurückgreifen, die aus der Region stammen. In den ländlichen Räumen sind daher Netzwerke einzurichten, die eine entsprechende Rückkehr in die Regionen ermöglichen. Wie diese Plattform einzurichten ist, soll pilothaft erprobt werden. Denkbar sind Mailing und regelmäßige Informationen im Internet der Firmen, damit Kräfte, die ländliche Räume zwecks Studium verlassen, nach Abschluss des Studiums möglichst wieder in die Region zurückkehren.
- In breit angelegten Tagungen und Workshops mit Schule und Wirtschaft sollen die besten Ideen erörtert und neue Projekte für Berufsausbildung im ländlichen Räumen diskutiert werden.

III. Strategien für die Entwicklung ländlicher Räume

1.11.2 Ganztagschulen und E-Learning-Konzepte für den ländlichen Raum

Eine konsequente Ausrichtung des Bildungswesens bedeutet zu allererst, dass jedes Kind - egal welcher Herkunft - nach seinen Fähigkeiten und Talenten gefördert wird. In Bildung und Qualifikation ist daher auch in ländlichen Räumen zukunftsgerichtet zu investieren.

Die Forderung regionaler Akteure im ländlichen Raum zielt darauf, langfristig ein Schulnetz zu stabilisieren, das in allen Bereichen des Landes für alle Schulformen die Forderung nach einem Schulangebot in erreichbarer Nähe erfüllt und schulfachlichen und wirtschaftlichen Erwägungen gerecht wird. In den Regionalkonferenzen wurde gefordert, Schulen im ländlichen Raum zu erhalten und den Ausbau von Schulen zu Ganztagschulen in den ländlichen Räumen als eine wesentliche Maßnahme zur Unterstützung der Eltern und Familien sowie für eine Verbesserung der Qualität des schulischen Angebotes vor Ort gezielt weiter zu forcieren.

Durch den weiteren Ausbau von Ganztagschulen sollen Jugendliche auch stärker Schlüsselqualifikationen wie Eigeninitiative, Teamfähigkeit, Kommunikationsfähigkeit und Leistungskompetenz erlernen, erfahren und erproben. Dadurch dass Kinder und Jugendliche im ländlichen Raum unter dem Einsatz ihrer eigenen Fähigkeiten selbst etwas gestalten können, gewinnen sie zusätzliche Handlungskompetenzen und Verantwortungsbewusstsein und bilden eine besondere Qualität aus.

Aus diesem Grund wird in Impuls-Regionen des ländlichen Raumes ein **Unterstützungsprogramm zur Bildungspolitik mit nachfolgenden Maßnahmen** angeboten:

- In Impuls-Regionen ist in Arbeitsgruppen gezielt der Übergang des Schulangebotes zu Ganztagschulen zu diskutieren. Für Gymnasien ist auch der neue Weg als Ganztagschulen mit einer Verkürzung auf 8 Jahre gymnasialer Schulzeit einzubeziehen.
- Die für den ländlichen Raum wichtiger werdenden Möglichkeiten des E-Learning sind gezielt im ländlichen Raum zu pilotieren und im Verbund mit sozialem Lernen anzubieten. Bei derartigen Projekten sind als Akteure z.B. die Landfrauen, Jugendverbände, Kinder, Volkshochschulen, Kirchen und andere Träger im ländlichen Raum einzubinden.
- Mit der Durchführung von Tagungen und Workshops zur Vorstellung bester Bildungsprojekte in ländlichen Räumen sollen möglichst schnell regional angepasste zukunftsgerichtete Lösungsansätze diskutiert werden.



III. Strategien für die Entwicklung ländlicher Räume

2. Neue Planungsansätze und Aktivitäten für die ländlichen Räume

2.1 Neue Planungsansätze

Es gibt keinen einheitlichen Lösungsvorschlag, der für die Entwicklung aller ländlichen Räume in Rheinland-Pfalz den optimalen Rahmen bietet. Die Vielschichtigkeit der aufgezeigten Handlungsansätze führt zum Vorschlag, in allen Impuls-Regionen integrierte Herangehensweisen zu unterstützen. Die wesentliche Aufgabe der integrierten Herangehensweisen ist es, einen Wandel in der Planungskultur zu vollziehen, der alle Ideen in der Region aufgreift und miteinander verknüpft. Zu den neuen Planungsansätzen gehören folgende Aspekte:

- **Monitoring statt Bestandsaufnahme:** Die rasanten räumlichen Veränderungen sowie die Vielfalt der Entwicklung lassen sich nur durch ein kontinuierliches Monitoring erfassen. Eine statistische Bestandsaufnahme schafft keine verlässliche Planungsgrundlage. Zudem kann ein Monitoring auch wichtige Frühwarn- und Controllingfunktionen für den Planungsprozess übernehmen.
- **Szenarien statt Prognosen:** Angesichts der vielfältigen externen Einflüsse auf die ländliche Entwicklung ist eine Schätzung künftiger Entwicklungsverläufe nur noch in Form von Szenarien mit Annahmen bestimmter Parameter statt von Prognosen mit festen Ausgangsgrößen möglich. Globalisierung, demografischer Wandel und Europäisierung bestimmen zunehmend lokale Entwicklungen und die Handlungsspielräume der Regionen. Auch ländliche Räume sind mit der Öffnung der Märkte und der räumlichen Verteilung von Produktionsabläufen in internationale Wertschöpfungsketten eingebunden und damit auch dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt.
- **Bedarfsorientierte Planung:** Der rasche Wandel der Rahmenbedingungen erfordert eine zielgenaue Planung, die sich an den berechtigten Realisierungschancen orientiert. Ein Teil der Entwicklungsstrategien hat sich unter den Bedingungen der Schrumpfung vor allem mit der Sicherung und Weiterentwicklung

von bestehenden Versorgungseinrichtungen auseinander zu setzen.

- **Zeitnahe Realisierung in kleinen Schritten:** In Zeiten der Schrumpfung sind die Planungen und Strategien auf eine zeitnahe Realisierung in kleinen Schritten auszulegen, damit Korrekturen und Änderungen jederzeit möglich sind. Als Grundlage dieses Prozesses ist ein langfristiges Leitbild für die Ausrichtung der Einzelmaßnahmen unverzichtbar.
- **Interkommunale Kooperationen statt kommunales „Kirchturmdenken“:** Eine zweckmäßige Nutzung der räumlichen Ressourcen ländlicher Räume setzt interkommunale Kooperationen und Wettbewerb voraus. Je nach inhaltlichem Schwerpunkt ergeben sich unterschiedliche funktionsorientierte Abgrenzungen im Hinblick auf eine effiziente Zusammenarbeit oder Wettbewerb der beteiligten Kommunen. Regionale Entwicklungspartnerschaften können ebenfalls sehr erfolgreich zwischen Stadt und Land als Grundbausteine regionaler Netzwerke installiert werden.
- **Gender Planing:** Die Attraktivität der ländlichen Räume als Wohn- und Arbeitsstandorte für alle Bevölkerungsgruppen zu erhöhen, erfordert eine geschlechtergerechte Planung und die Aufnahme sogenannter „weicher“ Standortfaktoren wie „Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie für Mütter und Väter“ in den Zielekatalog.
- **Arbeitsmarktmonitoring:** Die erfolgreichen Ansätze des Arbeitsmarktmonitorings in Ziel 2 - Gebieten des ESF sind für Zielgruppen gerechte Projektgestaltungen zu nutzen.

Das aktuelle Planungsverständnis wird durch das Leitbild des aktivierenden Staates geprägt. Es geht davon aus, dass Initiative und Durchführung von räumlichen Veränderungsprozessen und deren Planung von den Bürgern selbst ergriffen bzw. getragen werden. Eine derartige Übertragung von Verantwortung kann nur auf der Basis konsensualer Lösungen und kooperativer Strategien erfolgen. Dabei hat der aktivierende Staat auch weiterhin Rahmen setzende Funktionen.

III. Strategien für die Entwicklung ländlicher Räume



Alle diese neuen Planungsansätze sind zur Umsetzung dieses Strategiepapiers zu nutzen. Für diese neuen Planungsansätze wurden die Überlegungen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in Europa (OECD) aufgegriffen. Diese Vorschläge haben zum Ziel, die bisherigen sektoralen Politiken miteinander zu vernetzen und besser auf eine ganzheitliche Entwicklung des ländlichen Raumes auszurichten.

Dabei gilt es vor allem, sektorales Denken zu überwinden und den Strategien für den ländlichen Raum folgende Grundprinzipien zu unterlegen:

- Integration (aller wichtigen Handlungsfelder).
- Einbeziehen übergeordneter Ideenkonzepte (z. B. Tourismuskonzept Rheinland-Pfalz oder Machbarkeitsstudien für die Nahversorgung von Gemeinden).

- Festlegen der Handlungsebenen durch die Akteure (z. B. mehrere Landkreise, Landkreis, Verbandsgemeinde oder Dorf).
- Entscheiden der geeigneten Vorgehensweise (im Rahmen eines Wettbewerbes und durch regionale Prozesse).
- Vorschlagen geeigneter Umsetzungsstrategien im Rahmen der eingesetzten Instrumente; weitere Partner aus allen Handlungsbereichen (z.B. Bildung, Gesundheit, Gründungsprozesse) werden nach Bedarf einbezogen.

III. Strategien für die Entwicklung ländlicher Räume

2.2 Aktivitäten in Impuls-Regionen

Alle ländlichen Räume in Rheinland-Pfalz, die sich den aktuellen und künftigen Herausforderungen stellen und hierfür die angebotenen Instrumente (Leader, ILE) nutzen möchten, sollen besondere Entwicklungschancen haben. Sie sollen auf andere Regionen ausstrahlen und werden daher als „Impuls-Regionen“ zusammengefasst. In diesen Impuls-Regionen sollen - auf der Grundlage der rechtlichen Vorgaben - die unter III.2.1 beschriebenen neuen Planungsansätze verwirklicht werden. Den Impuls-Regionen wird angeboten, die Möglichkeiten zu nutzen, die in III.1 als ausgewählte Handlungsansätze erläutert sind.

Ziel der integrierten ländlichen Entwicklung ist die Initiierung, Organisation und Begleitung von regionalen Entwicklungsprozessen insbesondere über ländliche Entwicklungskonzeptionen und Regionalmanagement zu deren Umsetzung. Dieser Prozess kann nur gelingen, wenn sich eine Vielzahl von unterschiedlichen Akteuren in den Erarbeitungsprozess und in die Umsetzung der Projekte einbringen. Deswegen müssen insbesondere die Planungsbüros und das Regionalmanagement darauf hinwirken, sämtliche Akteure, vor allem die führenden Kommunalpolitiker und die Vertreter der regionalen Wirtschaft für die Mitarbeit zu gewinnen. Nur so kann eine Zukunftsstrategie erarbeitet werden, die alle Handlungsfelder integriert und ein breit gefächertes Spektrum an konkret umsetzbaren Projekten erarbeitet und umsetzt.

In Rheinland-Pfalz gibt es derzeit zwölf ILE-Regionen. Davon befinden sich sieben Regionen bereits in der Phase des Regionalmanagements, fünf Regionen erarbeiten ein integriertes ländliches Entwicklungskonzept. Nachdem in der EU-Förderperiode 2000-2006 sieben Leader-Gebiete ausgewählt wurden, sind im Rahmen eines Wettbewerbes für die neue Förderperiode 2007-2013 zwölf Lokale Aktionsgruppen anerkannt worden. Im Rahmen des Entwicklungsprogramms PAUL sind damit mehr als 60% der Landesfläche als Impulsregionen abgegrenzt, in denen über ein Drittel der rheinland-pfälzischen Bevölkerung lebt.

In Impuls-Regionen gelingt es regelmäßig, wie nachfolgende Beispiele zeigen, ein breites Projektspektrum innerhalb einer umfassenden integrierten Zukunftsstrategie zu erarbeiten:

- ▶ Die Aktivtage 50+ (Gesundheitswirtschaft).
- ▶ Regionaler Fahrradverleih.
- ▶ Maßnahmen zur Verbesserung des touristischen Angebotes (Premiumwanderwege).
- ▶ Kooperation und Vernetzung der Regionalen Wirtschaft.
- ▶ Gemeinschaftsanlage für Biogas.
- ▶ Projekt KulturNetz Raiffeisen-Region.
- ▶ Projekt Lebenswert Leben – Jung und Alt.
- ▶ Ökopool Eifel-Ahr.
- ▶ Reaktivierung der Hunsrückbahn.

In den Impuls-Regionen ist eine regional angepasste „Politik von unten“ umzusetzen. Diese soll alle regionalen Herausforderungen identifizieren und konkrete Handlungsansätze berücksichtigen. Soweit die in Kapitel III.1 beschriebenen Handlungsansätze in einem ländlichen Raum als besonders wirkungsvoll angesehen werden, sind die Förder- und Beratungsangebote vorrangig zu nutzen.

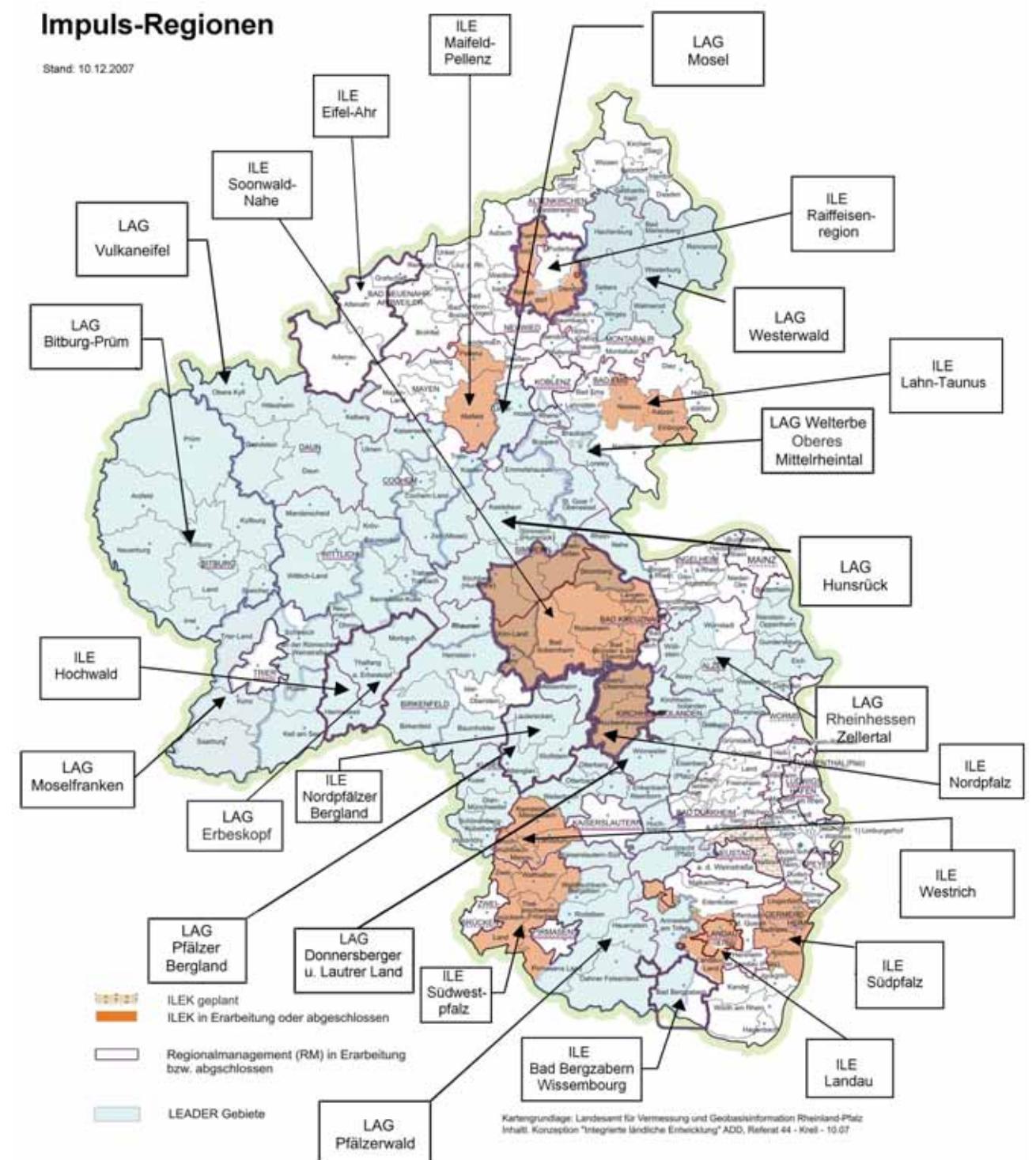
Wenn in Impuls-Regionen derartige Handlungsansätze ausgewählt und von den Bürgerinnen und Bürgern zum Ausdruck gebracht wird, „Das sind die Leitprojekte, die unsere Region weiterbringen und die wir zeitnah umsetzen und dauerhaft betreiben wollen“, dann können diese Projekte zukünftig mit hoher Priorität im Rahmen der festgelegten Fördervorschriften gefördert werden. Dies gilt insbesondere für das Programm PAUL.

Es ist das Ziel einer Regionalentwicklung „von unten“, dass die Akteure über den Handlungsbedarf und über ihre Leitprojekte selbst entscheiden. Die Regionalkonferenzen haben jedoch gezeigt, dass die Akteure in den ländlichen Räumen Hilfestellungen erwarten und benötigen, um erfolgreich handeln zu können.

III. Strategien für die Entwicklung ländlicher Räume

Die angebotenen Handlungsansätze sind „Bausteine“ für die weitere Entwicklung in den ländlichen Räumen, die in jeder Region bedarfsgerecht einzusetzen sind.

Die Bürger und Akteure im ländlichen Raum sind aufgerufen zu prüfen, in wieweit einzelne Handlungsansätze in III.1 eine Bereicherung für ihre ländlichen Entwicklungskonzeptionen darstellen könnten.



III. Strategien für die Entwicklung ländlicher Räume

2.3 Aktuelle Fragestellungen in Impuls-Regionen

Die als Fragen formulierten Eckpunkte der Regionalkonferenzen bilden auch für die Impuls-Regionen eine hilfreiche Grundlage für einen breiten Dialog.

Dabei wird die Gewichtung der Fragen aufgrund der Vielfältigkeit der ländlichen Räume des Landes Rheinland-Pfalz in allen Regionen unterschiedlich ausfallen. Zudem gilt es als sicher, dass sich zukünftig neue Fragestellungen ergeben, die völlig neue Herausforderungen und Chancen enthalten. Derzeit gilt es, folgende Fragestellungen in Impuls-Regionen zu diskutieren:

- Wie können die Voraussetzungen für eine tragfähige Daseinsvorsorge in den ländlichen Räumen gesichert werden und welchen Beitrag kann eine interkommunale Kooperation leisten?
- Wie kann durch gezieltes Qualitätsmanagement die Wertschöpfung durch den Tourismus in ländlichen Räumen weiter verbessert werden?
- Wie können die Impuls-Regionen zur Erhaltung der Kulturlandschaft beitragen?
- Wie kann man Frauen stärker motivieren, sich in Planungs- und Entscheidungsprozesse einzubringen?
- Wie könnten Beiträge zur Familienfreundlichkeit in der Region konkret formuliert und umgesetzt werden?
- Wie können die Potenziale von Jung und Alt genutzt werden, um ländliche Räume lebenswert zu erhalten?
- Wie können Integrierte Prozesse in Impuls-Regionen Beiträge zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen in ländlichen Räumen leisten?
- Wie können in Impuls-Regionen auch regionale Modelle für ÖPNV in ländlichen Räumen entwickelt werden?
- Kann verkehrsgebundene Versorgung durch andere mobile Versorgung und IT-Technik abgelöst werden? (zum Beispiel E-Learning)
- Wie kann eine nachhaltige Siedlungsentwicklung wirksam gesteuert werden?
- Welchen Beitrag kann die Dorfflurbereinigung zur Vitalisierung von Dorfkernen leisten? (Dorfumbau, Weiternutzung erschlossener Flächen anstelle von „Dorfbrachen“)
- Wie können über die allgemeine Schulbildung hinausgehende Weiterbildungsangebote in ländliche Räume transferiert werden? (Fortbildung der ländlichen Bevölkerung)
- Wie kann man durch integrierte Prozesse in Impuls-Regionen die Gründungsbereitschaft auf dem Land wecken?
- Wie könnte der Beitrag des ländlichen Raumes für die Energieversorgung der Zukunft aussehen?
- Wie können ländliche Räume, insbesondere die Landwirtschaft von den Nachwachsenden Rohstoffen profitieren? Wie kann man bestehende Konflikte mit Nachwachsenden Rohstoffen lösen?

III. Strategien für die Entwicklung ländlicher Räume

3. Förderkonzept für den ländlichen Raum

3.1 Grundsätze

Die Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung ist nach dem Grundgesetz auch weiterhin Kernkompetenz der Bundesländer. Dabei wirkt das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) und die nationale Strategie, die zur Umsetzung der europäischen Verordnung für die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) eingeführt wurde, mit.

Diese so genannte zweite Säule der Agrarpolitik der EU zielt auf die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft, der Umwelt und Landschaft sowie der Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft. In Deutschland ist die GAK das wichtigste Förderinstrument zu deren Umsetzung. In einem Rahmenplan werden die Angebote der GAK festgelegt. In Rheinland-Pfalz kommt ihr in Bezug auf die investive Förderung besonders für die einzelbetriebliche Förderung in der Agrarwirtschaft, die ländliche Bodenordnung und die Marktstrukturverbesserung eine hohe Bedeutung zu.

In den Regionalkonferenzen wurde deutlich, dass die ländlichen Räume in Rheinland-Pfalz eine sektorübergreifende, integrierte Förderpolitik benötigen und erwarten. Das Land Rheinland-Pfalz ist daher an den Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz herangetreten, die Gemeinschaftsaufgabe für Agrarstruktur und Küstenschutz für ein Maßnahmen-spektrum im Sinne der ELER-Verordnung und darüber hinaus zu öffnen sowie zusätzliche Bundesmittel hierzu bereitzustellen.

Folgende Erweiterungen wurden dabei vorgeschlagen:

- Förderung von Grundversorgungseinrichtungen für die ländliche Bevölkerung, wie beispielsweise die Verbesserung der Breitbandversorgung im ländlichen Raum oder alternativer Energieversorgung.

- Förderung von Kleinunternehmen, beispielsweise im ländlichen Tourismus oder innovativer Branchen.
- Durchführung und Förderung von Machbarkeitsstudien, um Realisierungschancen für bedeutsame Vorhaben im ländlichen Raum untersuchen zu können.

Der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat den rheinland-pfälzischen Vorschlag begrüßt. Auf der Grundlage dieses Vorschlags werden derzeit Eckpunkte zur Erweiterung der Gemeinschaftsaufgabe für Agrarstruktur und Küstenschutz zwischen dem Bund und den Ländern diskutiert. Danach soll der Fördergrundsatz „Förderung der Integrierten Ländlichen Entwicklung“ des GAK Rahmenplans um folgende Punkte erweitert werden:

- Förderung der Breitbandversorgung in ländlichen Räumen.
- Förderung der Nahwärmeversorgung in ländlichen Räumen.

Was die Förderung von Kleinunternehmen angeht, wird noch weiterer Diskussionsbedarf zwischen Bund und Ländern gesehen. Die Durchführung und Förderung von Machbarkeitsstudien soll insbesondere im Rahmen der Förderung der Integrierten Ländlichen Entwicklung bzw. der Förderung von Maßnahmen zur Diversifizierung ermöglicht werden (Durchführbarkeitsstudien). Das Land Rheinland-Pfalz wird die Fördermittel mit den bestehenden Instrumenten synchronisieren. Soweit Mittel der Entwicklungsprogramme „Paul“ und „Wachstum durch Innovation“ eingesetzt werden, handelt es sich um ein Förderkonzept des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau.

Sämtliche Landesprogramme, die bei der Umsetzung der Handlungsansätze Unterstützung leisten können, stehen auch für den ländlichen Raum zur Verfügung, z.B. das Beratungsprogramm für den Einzelhandel, das Innovationsförderprogramm oder das Mittelstandsförderprogramm. Darüber hinaus steht in besonders strukturschwachen Regionen des Landes, zu denen auch und gerade ländliche Räume gehören, das regionale Landesförderprogramm zur Verfügung. Nachfolgend werden die mit Bundes- und EU-Unterstützung aufgelegten Programme dargestellt.

III. Strategien für die Entwicklung ländlicher Räume

3.2 Entwicklungsprogramm PAUL

Mit der Einrichtung des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) wurden alle Maßnahmen der 2. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union in einem Fonds gebündelt. Das Land Rheinland-Pfalz wird die ELER-Verordnung mit dem Entwicklungsprogramm „Programm Agrarwirtschaft, Umweltmaßnahmen und Landentwicklung“ (PAUL) umsetzen. Im Zeitraum von 2007 bis 2013 sind dabei zur Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums 245,252 Mio. Euro an ELER-Mittel, rund 300 Mio. € an GAK-Mitteln (60% Bund, 40% Land) und ca. 205 Mio. € an zusätzlichen Landesmitteln vorgesehen.

Die drei Ziele des ELER werden in vier Schwerpunkten umgesetzt.

- ▶ Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und der Forstwirtschaft durch Förderung der Umstrukturierung, der Entwicklung und der Innovation.
- ▶ Verbesserung der Umwelt und der Landschaft durch Förderung der Landbewirtschaftung.
- ▶ Steigerung der Lebensqualität im ländlichen Raum und Förderung der Diversifizierung der Wirtschaft.

Schwerpunkt 1: Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft	Schwerpunkt 2: Verbesserung der Umwelt und der Landschaft	Schwerpunkt 3: Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft
• Maßnahmen zur Förderung der Kenntnisse und zur Stärkung des Humanpotenzials • Maßnahmen zur Umstrukturierung und Weiterentwicklung des Sachkapitals und zur Innovationsförderung, z.B. Verbesserung und Ausbau der Infrastruktur im Zusammenhang mit der Entwicklung und Anpassung der Land- und Forstwirtschaft • Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität der landwirtschaftlichen Produktion und der landwirtschaftlichen Erzeugnisse	• Maßnahmen zur Förderung der nachhaltigen Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Flächen, z.B. Zahlungen für Agrarumweltmaßnahmen • Maßnahmen zur Förderung der nachhaltigen Bewirtschaftung bewaldeter Flächen	• Maßnahmen zur Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft • Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum, z.B. Erhaltung und Verbesserung des ländlichen Erbes • Berufsbildungs- und Informationsmaßnahmen • Maßnahmen zur Kompetenzentwicklung und Sensibilisierung im Hinblick auf die Ausarbeitung und Umsetzung einer lokalen Entwicklungsstrategie.
Schwerpunkt 4: Leader-Ansatz		

Grundsätzlich können Zuwendungsempfänger, wie z.B. Landwirte, Kommunen und private Investoren, aus allen ländlichen Regionen des Landes Rheinland-Pfalz eine Förderung nach dem Programm PAUL beantragen. Jedoch werden insbesondere Projekte, die von den Bürgerinnen und Bürgern in den Impuls-Regionen erarbeitet worden sind, bevorzugt. Dazu zählt auch die Bereitstellung von Mitteln, um bürgerliches Engage-

ment anzuregen und auf unbürokratische Weise kleine Aktivitäten schnell in Gang zu bringen. Dieser Strategie liegt die Erkenntnis zugrunde, dass solche Projekte, die von den Akteuren vor Ort selbst konzipiert und umgesetzt werden, eine besonders hohe Erfolgsaussicht besitzen. Daher kommt der Kompetenzentwicklung der lokalen Akteure eine zunehmende Bedeutung zu und wird entsprechend unterstützt.

III. Strategien für die Entwicklung ländlicher Räume

3.3 EFRE

Der Europäische Fonds für Regionalentwicklung (EFRE) ist ein Strukturfonds der Europäischen Union und zielt auf die Beseitigung regionaler Ungleichgewichte ab.

Oberziel dieses Strukturfonds ist es, die Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung zu verbessern. Das Programm „Wachstum durch Innovation“ beschreibt die Verwendung der EFRE-Fördermittel in Rheinland-Pfalz. Dazu stehen EU-Mittel in Höhe von 217,6 Mio. Euro für die Förderperiode 2007 bis 2013 zur Verfügung.

Das breit angelegte Zielsystem des Programms „Wachstum und Innovation“ ist grundsätzlich auf das ganze Land Rheinland-Pfalz und damit sowohl auf städtische als auch auf ländliche Räume ausgerichtet. Die gezielte Unterstützung der Entwicklung der ländlichen Räume verfolgt das Programm u. a. durch die folgenden spezifischen Ziele:

- ▶ Förderung der ländlichen Entwicklungspotenziale, insbesondere im Tourismus.
- ▶ Bedarfsorientierte Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur, z.B. Informations- und Kommunikationsinfrastruktur.
- ▶ Reduzierung des Flächenverbrauchs.
- ▶ Abbau von Standortnachteilen der ländlichen Räume.
- ▶ Verbesserung der umweltgerechten Nutzung der nachwachsenden Rohstoffe.

Bei der Koordinierung der Förderpolitik der Landesregierung wird auch weiterhin eine enge Abstimmung mit dem Entwicklungsprogramm PAUL erfolgen, um Synergien zu erreichen und ein möglichst vollständiges und abgerundetes Förderangebot zur Entwicklung der ländlichen Räume zu gewährleisten.

3.4 ESF

Der europäische Sozialfonds (ESF) ist einer der drei europäischen Strukturfonds und das wichtigste Arbeitsmarktpolitische Instrument der Europäischen Union. In der neuen Förderperiode soll eine Verzahnung der Landesarbeitsmarktpolitik mit den ESF - Prioritätsachsen erzielt werden. Die strategischen Ziele „Rheinland-Pfalz als Wirtschaftsstandort weiter stärken“ und „Entwicklungs- und Teilhabechancen der Menschen im Land erhöhen“ sollen gezielt auch im ländlichen Raum umgesetzt werden.

Hierbei stehen im Vordergrund:

- ▶ Die Berufsbegeleitende Qualifizierung.
- ▶ Die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen durch Qualifizierung und Beratung von Unternehmern.
- ▶ Die Förderung von Unternehmergeist und Existenzgründungen.
- ▶ Die Förderung der Berufsausbildung.
- ▶ Die Förderung des Lebensbegeleitenden Lernens und der Weiterbildung.
- ▶ Die Förderung von Innovationen.
- ▶ Die Verbesserung des Zugangs zur Beschäftigung am Arbeitsmarkt.
- ▶ Die soziale Eingliederung von Benachteiligten durch Erhöhung von Beschäftigungsfähigkeit.

Zu den Zielgruppen zählen Jugendliche, Langzeitarbeitslose, Ältere, Migranten und Migrantinnen, Frauen und Behinderte, auch in den ländlichen Räumen. Für die Umsetzung der Ziele des ESF stehen in der Förderperiode von 2007 bis 2013 rund 114 Mio. Euro zur Verfügung, Diese werden linear über die Förderperiode verteilt.

III. Strategien für die Entwicklung ländlicher Räume

4. Netzwerke und Schulungen

Veränderungen und Entwicklungen, die die gesamte Gesellschaft betreffen, treten oft am klarsten in den kleinsten Einheiten in Erscheinung. Der demografische Wandel und die Globalisierung hinterlassen ihre Spuren in allen Teilen unseres Landes, am deutlichsten aber in ländlichen Räumen. Um diese Herausforderungen zu bestehen, müssen die Bewohnerinnen und Bewohner in den ländlichen Räumen ihre Chancen bewusst erarbeiten und dabei auch neue Strukturen schaffen. Hierzu zählt vor allem die Weiterentwicklung der Kommunikations- und Handlungskulturen innerhalb ländlicher Räume. Um alle vorhandenen Kräfte zu wecken und zu mobilisieren sind

- Verantwortungsgemeinschaften (Netzwerke, Kooperationen, Plattformen) aufzubauen.
- Schulungen und Erfahrungsaustausche anzubieten.

4.1 Verantwortungsgemeinschaften: Netzwerke, Kooperationen, Plattformen

Es sind folgende Schwerpunktaufgaben zu unterscheiden:

- Vernetzungen zwischen allen Partnern im ländlichen Raum herstellen.
- Kooperationen z. B. zwischen Gebietskörperschaften und Wirtschaftspartnern unterstützen.
- Plattformen für Kommunikation und Erfahrungsaustausch einrichten.

4.1.1 Netzwerke

Die Entwicklung des ländlichen Raumes setzt einen umfassenden Austausch von Ideen, Wissen und Erfahrungen zwischen allen Akteuren im ländlichen Raum voraus.

In den Impuls-Regionen können Netze für solche Beratungs- und Informationsangebote grundsätzlich durch Kammern, Behörden, Kommunen und private Stellen geschaffen werden. Fasst man über ein Netzwerk die Ideen der unterschiedlichen Akteure zu einem regen Informationsaustausch zusammen, so kommen deutlich bessere Ergebnisse zustande, als sie ein Einzelner erreichen könnte.

Zunächst soll die Frage gestellt werden: Welche Akteure gilt es im ländlichen Raum zu Netzwerken zusammenzufügen? Grundsätzlich sind alle Akteure und Stellen in Netzwerke einzubeziehen, die in den ländlichen Räumen Verantwortung tragen sollen und sich als Partner verstehen, z.B.:

- Kommunen (Planungsgemeinschaften, Landkreise, Verbandsgemeinden, Ortsgemeinden, kommunale Gleichstellungsbeauftragte)
- Bürgerinnen und Bürger, die im ländlichen Raum leben und arbeiten.
- Nichtstaatliche Organisationen (z.B. Landfrauenverbände, Bauern- und Winzerverbände, Naturschutzverbände, Lokale Agenda-Gruppen)
- Behörden (z.B. Dienstleistungszentren Ländlicher Raum, Agenturen für Arbeit, Forstämter, Landesbetrieb Mobilität)
- Halbstaatliche Institutionen (Projektentwicklungsgesellschaft des Landes (PER), Entwicklungsagentur Rheinland-Pfalz e.V. (EA), u. a.)
- Akteure des wirtschaftlichen und sozialgesellschaftlichen Lebens (z.B. regionale Beratungsstellen „Frau und Beruf“).

Die Nutzung und die Weiterentwicklung bestehender Netzwerke und der Aufbau von neuen Netzwerken kann in allen Impuls-Regionen vorangetrieben werden.

Wie baut man auf einfache Weise Netzwerke auf?

In einer **Startphase** sind runde Tische zu bilden und Workshops mit geeigneten Netzwerkpartnern durchzuführen.

III. Strategien für die Entwicklung ländlicher Räume

Wichtig ist es bereits in dieser Phase, eine (einfache) Geschäftsstelle einzurichten und einen Moderator aus der Runde der Netzwerkpartner zu identifizieren. Die Startphase kann nur erfolgreich werden, wenn in einer **Anreicherungsphase** Projekte festgelegt werden, über die ein ständiger Austausch stattfinden soll. Besonders erfolgreich können Netzwerke sein, wenn mit ihnen ein kurzfristig erreichbares Ziel verbunden ist.

Netzwerke bedürfen regelmäßig verschiedener Plattformen.

Den Netzwerken in den Impuls-Regionen ist ein entsprechendes Netzwerk zwischen den betroffenen Abteilungen in den Ministerien und den Oberbehörden gegenüberzustellen. Die auf der unteren Ebene gewonnenen Erfahrungen sollen in Zukunft dazu dienen, politische Entscheidungen regelmäßig zu überprüfen und den Bedarf in den ländlichen Räumen anzupassen. Wichtige Fragestellungen sollen unmittelbar über den Verbund dieser Netzwerke kommuniziert und schnell einer allseits akzeptierten Lösung zugeführt werden.

Wie kann man im Rahmen von Netzwerken die Clusterbildung unterstützen?

Cluster sind als Vernetzung einer kritischen Masse von meist regionalen Akteuren einer Wertschöpfungskette aus Unternehmen, Wissenschaft und Verwaltung definiert. Cluster tragen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit bei, da sie mitwirken, die Lücke zwischen Unternehmen, Forschung und Ressourcen zu schließen und damit Wissen schneller in den Markt zu bringen. Erfolgreiche Cluster fördern den intensiven Wettbewerb ebenso wie die Kooperation. Sie verbessern die Produktivität, ziehen Investitionen an, unterstützen die Forschung, stärken die industrielle Basis und entwickeln spezifische Produkte oder Dienstleistungen. Wettbewerbsfähige Cluster ziehen kompetente Forschungs- und Fachkräfte an, die die Grundlagen von Innovation bilden.

Aus diesem Grund nimmt in Rheinland-Pfalz der „Clusteransatz“ bei der Technologie- und Innovationspolitik eine bedeutende Rolle ein.

Die Erlangung von technologischem Wissen, das für die Produktion von wettbewerbsfähigen Gütern und Dienstleistungen unabdingbar ist, wird immer kostenintensiver. Die mit Forschungs- und Entwicklungsausgaben verbundenen hohen Aufwendungen sind für mittelständische Unternehmen, die die Wirtschaftsstruktur in Rheinland-Pfalz maßgeblich prägen, ein Ernst zu nehmendes Problem. Ebenso können sie im Gegensatz zu großen Unternehmen oft nicht die dazu meist notwendigen teuren Geräte alleine finanzieren bzw. auslasten oder notwendiges Spezialwissen vorhalten. Wenn Wissen nicht an einzelne Unternehmen gebunden ist, sondern einem Netzwerk zur Verfügung steht und in diesem sogar weiter entwickelt wird, dann können die Mitglieder des Netzwerkes aufgrund gewonnener Synergieeffekte und erhaltener Flexibilität Wettbewerbsvorteile durch die Kleinteiligkeit erzielen und mögliche Nachteile zu den von der Globalisierung tendenziell stärker profitierenden Großunternehmen ausgleichen. Insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen haben so die Möglichkeit eine regionale Antwort auf die Globalisierung zu geben.

In den ländlichen Räumen von Rheinland-Pfalz wurden z.B. in folgenden regionalen Wachstumsbranchen Ansätze zu Clustern identifiziert:

- In dem Bundesland mit dem höchsten Waldanteil leistet der Sektor Forst und Holz einen wichtigen Beitrag zur Sicherung von Einkommen und Arbeitsplätzen in ländlichen Räumen.
- Die Tourismusbranche ist vor allem in den acht touristischen Regionen konzentriert. Jeder 12. Arbeitsplatz hängt direkt oder indirekt vom Tourismus ab.

An dieser Aufzählung ist erkennbar, das Cluster ihrem Wesen nach sehr vielfältig und stark durch lokale Begebenheiten geprägt sind. Aufgrund der Fortschritte in der Informations- und Kommunikationstechnologie können sich die Dimensionen von Clustern vergrößern, die Globalisierung führt zu einer stärkeren Verflechtung mit der Weltwirtschaft.

III. Strategien für die Entwicklung ländlicher Räume

Es ist nicht aussichtsreich, Cluster ohne Vorliegen von ersten Netzwerkstrukturen von aussen aufzubauen. Rolle der Politik muss es deshalb vor allem sein, Ansatzpunkte für Cluster zu identifizieren um dort für geeignete Rahmenbedingungen, ein innovationsfreundliches Klima und eine Vernetzung der Wirtschaftsunternehmen und Hochschulen zu sorgen. Für diese Aufgabe bieten sich die regionalen ILE- und Leader-Prozesse an.

Dieses Strategiepapier empfiehlt dabei folgende **Vorgehensweise** für die Impuls-Regionen:

- Die in jedem Entwicklungskonzept obligatorische Stärken-Schwächen-Chancen-Risiken-Analyse soll die regionale Wirtschaftsstruktur sehr sorgfältig auf Ansätze für Cluster und potentielle Wachstumsbranchen untersuchen. Dabei sind die Betätigungsfelder der Wirtschaftsunternehmen, die Qualität der Wertschöpfungsketten und das Potenzial der Bevölkerung genauso interessant wie die natürlichen und wirtschaftsgeografischen Standortvorteile der Region.
- Die Wirtschaftsunternehmen, Kammern und sonstigen Partner in den identifizierten Branchen sind gezielt, gegebenenfalls durch Vorgespräche, zu den Tagungen und Workshops eines Arbeitskreises „Wirtschaft“ im Rahmen der integrierten Bottom-up-Prozesse (Entwicklung von unten) einzuladen. Den Regionalmanagements kommt dabei die Aufgabe zu, diese Veranstaltungen zielgerichtet zu moderieren.
- Zwischen den Wirtschaftsunternehmen, Bildungseinrichtungen und öffentlichen Stellen ist frühzeitig die Bildung von Netzwerken (Unternehmerstammtischen) anzustoßen. Dies kann in den Impuls-Regionen aber bei landesweiter Bedeutsamkeit auch auf der Ebene einer Planungsregion oder des Landes Rheinland-Pfalz nach den Vorschlägen dieses Strategiepapiers geschehen.

4.1.2 Kooperationen

Im Gegensatz zu Netzwerken sind Kooperationen durch gezielte Zusammenarbeit weniger Partner bei konkreten Vorhaben gekennzeichnet. Als Kooperationspartner sind dabei Öffentliche Stellen wie Kommunen, Verwaltungen und Kammern ebenso denkbar wie Private Akteure, z.B. Wirtschaftsunternehmen, Verbände oder einzelne Bürgerinnen und Bürger. Die in III.4.1.1 beschriebenen Netzwerke eignen sich besonders als Startbasis für Kooperationen, da sich hier Partner gleicher Interessen oder Branchen begegnen und Vertrauen zueinander fassen.

Im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben entstehen Kooperationen immer dann, wenn Aufgaben aufgrund ihrer Größe, ihrer Kosten oder ihrer Komplexität von einzelnen Akteuren nicht bewältigt werden können. Oftmals ist der wichtigste Schritt zu einer neuen Kooperation bereits getan, wenn sich die potentiellen Partner kennen gelernt haben. Bei Leader-Prozessen oder ILE-Prozessen begegnet sich eine Vielzahl unterschiedlichster Akteure und lernt sich kennen. Deshalb sind diese Instrumente in hohem Maße dazu geeignet, Kooperationen auf den Weg zu bringen und zu unterstützen.

Die Moderatoren in den Impuls-Regionen müssen deshalb Aufgaben identifizieren, zu deren Bewältigung sich Kooperationen eignen, die potentiellen Partner in Workshops oder Arbeitsgruppen zusammenbringen und die geeigneten rechtlichen und organisatorischen Instrumente bereithalten.

Im Zuge der Regionalkonferenzen wurde deutlich, dass sich zur Bewältigung von Aufgaben im ländlichen Raum als spezielle Kooperationsformen besonders eignen:

- Interkommunale Zusammenarbeit
- Öffentlich-Private-Partnerschaften

III. Strategien für die Entwicklung ländlicher Räume

Interkommunale Zusammenarbeit bietet sich vor allem an, wenn Gemeinden bestimmte Aufgaben aufgrund von deren Größe und Komplexität nicht alleine oder gemeinsam besser lösen können. Zudem werden öffentliche Infrastruktureinrichtungen bei schrumpfender Bevölkerung aufgrund schwächer werdender Auslastung unrentabler. Vor allem in strukturschwachen Regionen empfiehlt sich regelmäßig eine Koordination im Flächenmanagement, da die Konzentration von Flächenausweisungen auf strategisch günstigen Standorten die Ressourcen bündelt und größere Erfolge für alle beteiligten Gemeinden verspricht. Fortschrittliche Gemeinden haben diese Chance bereits erkannt und arbeiten in den Bereichen Gewerbeflächenausweisung, Infrastrukturnutzung (Abwasser, Bauhof), Hochwasserschutz oder Standortmarketing zusammen. In den Impuls-Regionen gilt es, die kommunalen Vertreter zu vernetzen und entsprechend zu sensibilisieren, um die Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben durch interkommunale Zusammenarbeit anzustreben. Hierzu ein Beispiel:

- Mobilisieren vorhandener innerörtlicher Bauflächenpotenziale (Baulücken, Brachflächen, leer stehende oder minder genutzte Gebäude).
- Gemeinsame Handlungsfelder für interkommunale Zusammenarbeit festlegen.
- Gemeinsames Leitbild für nachhaltige Siedlungspolitik im Rahmen von Workshops entwickeln.
- Interkommunale Gewerbegebietsentwicklung (Gewerbeflächenpool, Gewerbeimmobilienbörse).
- Aufbau eines Gemeinde übergreifenden Ökokontos.
- Individuelle Handlungsvorschläge für die teilnehmenden Gemeinden.
- Vertragsausgestaltungen für gerechte Kosten- / Nutzenverteilung

Öffentlich-Private-Partnerschaften (Public-Private-Partnership) sind neuartige Ansätze zur Erfüllung kommunaler Aufgaben unter Beteiligung der privaten Wirtschaft. Die Gemeinden und Unternehmen der Privatwirtschaft kooperieren dabei vor allem bei der Finanzierung, aber auch bei der Ausführung von Projekten. So können die Kommunen auch in Zeiten knapper Kassen öffentliche Aufgaben wahrnehmen, die private Wirtschaft profitiert durch langfristige Einnahmen. Öffentlich-Privater-Partnerschaften können sehr vielfältig sein, z.B. bei Schwimmbädern und Schulen, energetischen Sanierungen, Bau von Dorfgemeinschaftshäusern, öffentlichen Parkplätzen in Innenstädten oder der Verkehrsinfrastruktur.

Ziel ist es, Investitionen in ländlichen Räumen verstärkt durch Öffentlich-Private-Partnerschaften zu ermöglichen. Dazu sollen in den Impuls-Regionen zwischen Kommunen regionalen Akteuren, Handwerkern, örtlichen Banken und anderen denkbaren Partnern Modelle erprobt werden (Kontraktmodelle), um Projekte der Daseinsvorsorge mittels Öffentlich-Privater-Partnerschaften zu realisieren.



III. Strategien für die Entwicklung ländlicher Räume

4.1.3 Plattformen

Plattformen sind grundsätzlich Ideenbörsen, in denen Wissen und Erfahrungen angeboten und ein Erfahrungsaustausch praktiziert werden sollen. Viele neue Themen, mit denen sich die ländlichen Räume auseinandersetzen werden müssen, sollten in Zukunft über Tagungen und Workshops kommuniziert werden. Durch die Vorstellung bester Beispiele und neuer Ideen kann ein Wissenstransfer zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Multiplikatoren sowie lokalen und regionalen Entscheidungsträgern zur Stärkung der Eigenkräfte des bürgerlichen Engagements stattfinden. Mit den jeweils angepassten Kommunikationsformen kann dabei in einem größeren Meinungsaustausch oder unter aktiver Einbeziehung in Workshop-Atmosphäre allen Bevölkerungsgruppen eine aktive Mitgestaltung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umfeldes im ländlichen Raum ermöglicht werden.

Nach Bedarf können diese Tagungen und Workshops durch spezielle Aktionstage, Wettbewerbe und Ausstellungen im und für den ländlichen Raum ergänzt werden. Je nach Stand der Informationen der Bürgerinnen und Bürger können die Veranstaltungen mehr der Information oder dem Erfahrungsaustausch dienen.

Im Gegensatz hierzu dienen Internetplattformen als virtuelle Einrichtungen im Internet vor allem als Wissensbasis. Dort können z.B. Möglichkeiten und Potenziale der integrierten ländlichen Entwicklung oder Leader und vielfältige Umsetzungsbeispiele zum Lesen und Herunterladen bereitgehalten werden.

Um nicht an jeder Stelle alle Ideen neu erdenken zu müssen, ist als virtuelle Plattform eine Internetbasis www.impulsregionen.rlp.de neu aufzubauen. Auf dieser Plattform sind geeignete Informations-, Publikations- und Beratungsangebote für Bürgerinnen und Bürger, Behörden, Kommunen, Verbände und Institutionen anzubieten. Dabei sind vergleichbare Plattformen im ländlichen Raum mit dieser Basis zu vernetzen. Für die Akteure im ländlichen Raum sind transparente (durch Beispiele erläuterte) Darstellungen über die Fördermaßnahmen zur ländlichen Entwicklung aufzunehmen.

Die Akteure erhalten über diese Plattform auch Zugang zum nationalen und europäischen Netz für die Entwicklung des ländlichen Raums, das zur Durchführung der ELER-Verordnung eingerichtet wird.

Durch die Weiterentwicklung des Internet setzen sich verstärkt Plattformen durch, die vielfältige Varianten der Kommunikation und Interaktion ermöglichen, wie Chatrooms, Potcasts, Weblogs und Wikis (online-Lexika). Erfolgreiche Netzwerke benötigen professionelle Internet-Plattformen. Deswegen müssen die Akteure der Netzwerke gemeinsam prüfen, ob eine professionelle Internet-Plattform bei der Geschäftsstelle (z.B. Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum) eingerichtet werden kann oder ob Fremdunterstützung erforderlich ist.

4.1.4 Arbeitsaufträge an die Dienstleistungszentren Ländlicher Raum

Um neue Netzwerke zu schaffen, in denen alle lokalen Kräfte des ländlichen Raumes als Verbündete auftreten und sich aktiv in Entwicklungsprozesse einbringen, sollen die Dienstleistungszentren Ländlicher Raum im Rahmen der regionalen Aktivitäten die Durchführung von Foren und Workshops, die Bildung von Netzwerken, Kooperationen und Internetplattformen im Rahmen der in III.1 beschriebenen Handlungsansätze umfassend unterstützen. Zur Umsetzung des Strategiepapiers für den ländlichen Raum sind folgende Schwerpunkte zu setzen:

Durchführung von Tagungen und Workshops des Forums Ländlicher Raum

Das Forum Ländlicher Raum ist eine Ideenbörse, die den Akteuren im ländlichen Raum eine dauerhafte Plattform für die Vorstellung bester Projekte, die Optimierung der Vorgehensweisen und einen allgemeinen Erfahrungsaustausch bieten soll. Das Forum Ländlicher Raum erhält hiermit den Auftrag, vorrangig folgende Foren und Workshops zu organisieren und eine breite Öffentlichkeit an diesen Veranstaltungen zu beteiligen.

III. Strategien für die Entwicklung ländlicher Räume

- ▶ Länderübergreifender Ideenaustausch in Tagungen und Workshops über dauerhaft tragfähige Lösungen für die Revitalisierung bzw. Fortentwicklung der Grundversorgung mit Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs.
- ▶ Tagungen und Workshops mit der Vorstellung bester Projekte zum Flächenmanagement im Tourismus.
- ▶ Themenbezogene Tagungen und Workshops zu Zukunftsprozessen in ländlichen Räumen gemeinsam mit der Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz (ZIRP)
- ▶ Tagungen und Workshops zu besten Beispielen von Energieprojekten.
- ▶ Tagungen und Workshops zu besten Beispielen der Breitbanderschließung.
- ▶ Tagungen und Workshops zu besten Beispielen von Flexiblen Nahverkehr (Bundesweit).
- ▶ Tagungen und Workshops über gelungene Beispiele der Innenentwicklung (im Verbund von Dorfflurbereinigung und Dorfentwicklung).
- ▶ Workshops und Regionalkonferenzen zum Austausch von Ideen von Gemeinden und Wirtschaft über strategische Allianzen.
- ▶ Themenbezogene Tagungen für mehr Lebensqualität in ländlichen Räumen, z.B. Freizeit im Verein, Betreuung von Kindern und Jugendlichen, Seniorenarbeit, Ortsgestaltung, Freizeitanlagen gemeinsam mit der Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz (ZIRP)
- ▶ Tagungen und Workshops für beste Bildungsprojekte in ländlichen Räumen.
- ▶ Austausch der Ergebnisse von Machbarkeitsstudien (Länder übergreifend).

Aufträge zur Bildung von Netzwerken, Kooperationen und Internetplattformen

In den fünf Regionalkonferenzen haben die Akteure des ländlichen Raumes immer wieder eingefordert, Internetplattformen, ausgewertete Handreichungen und die Ergebnisse von Machbarkeitsstudien zur Verfügung zu stellen. Die Gemeinden und Akteure in ländlichen Räumen erwarten keine standardisierten Lösungen, sondern eine Zusammenstellung bewährter Modelle, Studien und Praxis gerechte Handreichungen. Die Dienstleistungszentren Ländlicher Raum erhalten hiermit den Auftrag, runde Tische für die Startphase von Netzwerken zu bilden, die Funktion einer einfachen Geschäftsstelle einzurichten oder selbst zu übernehmen und für jedes neue Netzwerk einen Moderator zu bestimmen, der die Steuerung und den Vorsitz des Netzwerkes übernimmt. Es kommen folgende Netzwerke vorrangig in Frage:

- ▶ Plattformen für Machbarkeitsstudien neuer bedeutsamer Vorhaben.
- ▶ Diskussion von Fragen des Marktes bei mobiler Versorgung, Entwicklung von Geschäftsideen, Unterstützung von Existenzgründern.
- ▶ Internetplattform für Grundlagen, Studien und Handreichungen zum Energiemix.
- ▶ Wissensplattformen zum Thema Breitbandversorgung.
- ▶ Diskussionsplattform zusammen mit Kommunen und Fachverwaltungen mit dem Ziel, bisher erprobte Modelle von Flexiblen Nahverkehr zukunftsgerecht anzureichern.
- ▶ Integrierte Entwicklungskonzepte als Plattformen für die Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und Wirtschaft.
- ▶ Netzwerke in ländlichen Räumen, um die Rückkehrbereitschaft von Auszubildenden und Studierenden zu erhöhen, Starten von Pilotprojekten zum Aufbau einer Plattform.

III. Strategien für die Entwicklung ländlicher Räume

4.2 Schulungen

Es ist ein wichtiges Ziel dieses Strategiepapiers, die Bürgerinnen und Bürger als Akteure im ländlichen Raum zu Multiplikatoren auszubilden und zu befähigen, ihre speziellen Erfahrungen, ihr Wissen, ihre Kompetenzen sowie ihr Insiderwissen in die Planungsprozesse im ländlichen Raum einzubringen. Deren Erwartungen und Erfahrungen sind ernst zu nehmen, sie sind als die wichtigsten Experten vor Ort anzuerkennen.

Ein erster Schritt zur Bürgerschulung wurde im Jahre 2006 in Zusammenarbeit mit der Kommunalakademie geleistet, als das Forum ländlicher Raum als Bindeglied zwischen den integrierten ländlichen Prozessen neu eingeführt wurde. Dieses Schulungsangebot der Kommunalakademie wird weitergeführt.

Es richtet sich vor allem an Akteure im ländlichen Raum, die in Zukunft in integrierten ländlichen Entwicklungskonzepten oder Regionalmanagements Arbeitskreise leiten, oder Projekte in Gang bringen wollen. Zielgruppen dieser Angebote sind

- ▶ Bürgermeister/innen und Gemeinderäte
- ▶ Mitarbeiter der Landes- und Kommunalverwaltungen
- ▶ Landschaftsplaner, Dorfentwicklungsplaner
- ▶ Leiter/innen und Mitarbeiter/innen in Fremdenverkehrsstellen

Das Schulungsangebot bei der Kommunalakademie verfolgt folgende Seminarziele: ILE- und Leader-Prozesse einleiten und begleiten, Öffentlichkeitsarbeit in Impuls-Regionen gestalten, erfolgreiches Werben von Akteuren, Gestaltung von Beteiligungsprozessen, Anwendung der Gender-Mainstream-Strategie, Vorbereitung, Leitung und Moderation von Arbeitskreisen, mit Regionalmanagement erfolgreiche Projekte in Umsetzung bringen, Instrumente zur nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raumes kennen lernen und vermittelt einen Überblick über Förderprogramme.



Als Ergebnis der fünf Regionalkonferenzen zeigte sich, dass das vorgenannte Schulungsangebot durch ein Schulungsangebot bei den Dienstleistungszentren ländlicher Raum ergänzt werden muss. Die Dienstleistungszentren Ländlicher Raum erbringen jährlich ein sehr umfassend aufgestelltes breit aufgestelltes Beratungsangebot, das sich vor allem an die Landwirte, Winzer und Landfrauen richtet.



III. Strategien für die Entwicklung ländlicher Räume

Dieses Schulungsprogramm wird durch eine wandernde „Akademie Ländlicher Raum“ innerhalb der Dienstleistungszentren Ländlicher Raum ergänzt. Dieses Fortbildungs- und Beratungsangebot der Akademie ländlicher Raum soll sich an alle Akteure im ländlichen Raum wenden und die vielfältigen Handlungsfelder für eine „Politik für den ländlichen Raum“ integrieren.

Es sollen auch Exkursionen zu gelungenen Beispielen und Schulungen in den Dörfern angeboten werden. Die Koordination dieser Akademie ländlicher Raum wird hiermit dem Dienstleistungszentrum Rheinhessen-Nahe-Hunsrück übertragen.

In dieser Akademie ländlicher Raum sind zur Umsetzung dieses Strategiepapiers nachfolgende **Schulungen und Handreichungen** besonders vordringlich:

- ▶ Schulungsmodelle und Handreichungen zu dauerhaft tragfähigen Lösungen für die Revitalisierung bzw. Fortentwicklung der Grundversorgung mit Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs.
- ▶ Beratung und Schulung regionaler Akteure zu Flächenmanagement für Tourismus.
- ▶ Beratung von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben zu Investitionen im Bereich Nachwachsende Rohstoffe.
- ▶ Präsentation von Machbarkeitsstudien.
- ▶ Erstellung von Handreichungen für Gemeinden für FNP, Wärmeverwertungsplanungen, Landschaftsplanung für NaWaRo und Tourismuskonzepte.
- ▶ Handreichungen und Beratungen durch das DLR zum Thema Breitbandversorgung.
- ▶ Handreichungen für Gemeinden mit besten Erfahrungen zu flexiblem Nahverkehr.
- ▶ Handreichungen für Gemeinden in strukturschwachen Regionen für gemeinsame Kooperations- und Finanzierungsprojekte mit der Wirtschaft.



Da nicht alle Themen gleichzeitig einer gezielten Schulung zugeführt werden können, wird in „Planerworkshops“ unter Einbeziehung von in ILEK, Leader und Regionalmanagement eingesetzten Planern analysiert, welche Themen vorrangig geschult werden sollen.

Ein erstes Schulungsprogramm ist für das Jahr 2008 aufzustellen. Die Durchführung der einzelnen Schulungen obliegt den Dienstleistungszentren Ländlicher Raum.

Um Aufwand und Reisekosten bei den Teilnehmern zu minimieren, sind die Schulungen zu den einzelnen Themen jeweils so zu gestalten, dass sie einen Schultag nicht überschreiten.



Weitere Informationsquellen in Rheinland-Pfalz

Landesregierung Rheinland-Pfalz / Staatskanzlei	www.rlp.de
Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz	www.zirp.de
Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau	www.mwvlw.rlp.de
Landentwicklung und Ländliche Bodenordnung	www.landentwicklung.rlp.de
Forum Ländlicher Raum	www.landschafft.rlp.de
Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion	www.add.rlp.de
Dienstleistungszentren Ländlicher Raum	www.dlr.rlp.de
Landwirtschaftskammer	www.lwk-rlp.de
Bauern- und Winzerverband Rheinland-Pfalz – Süd e.V.	www.bwv-rlp.de
Landjugend RheinhessenPfalz	www.lj-rheinhessenpfalz.de
Bauern- und Winzerverband Rheinland-Nassau e.V.	www.bwv-net.de
Landjugend Rheinland-Nassau	www.landjugend-rln.de
Arbeitsgemeinschaft der Landfrauenverbände Rheinland-Pfalz	www.landfrau-rlp.de
Starterzentren (Anlaufstellen für Existenzgründer)	www.starterzentrum-rlp.de
Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) GmbH	www.isb.rlp.de
Rheinland-Pfalz Tourismus GmbH	www.rlp-info.de
Naturlaub auf Winzer- und Bauernhöfen e.V.	www.naturlaub-rlp.de
Landesbetrieb Mobilität	www.lbm.rlp.de
Rheinland-Pfalz Takt	www.rheinland-pfalz-takt.de
Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie	www.masgff.rlp.de
Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz e.V.	www.lzg-rlp.de
Viva Familia (Familieninitiative des Familienministeriums)	www.vivafamilia.de
Kassenärztliche Vereinigung	www.kv-rlp.de
Ministerium des Inneren und für Sport	www.ism.rlp.de
Gemeinde- und Städtebund	www.gstbrp.de
Landkreistag	www.landkreistag.rlp.de
Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord	www.sgd nord.rlp.de
Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd	www.sgdsued.rlp.de
Entwicklungsagentur Rheinland-Pfalz e.V.	www.ea.rlp.de
PER Projektentwicklungsgesellschaft Rheinland-Pfalz mbH	www.per-rlp.de
Dialog Baukultur (Initiative des Finanzministeriums)	www.baukultur.rlp.de
Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz	www.mufv.rlp.de
Unser Ener (Kampagne des MUFV)	www.unser-ener.de
Forstverwaltung Rheinland-Pfalz	www.wald-rlp.de
Landeszentrale für Umweltaufklärung	www.umdenken.de
Effizienzoffensive der Landesregierung	www.effnet.de
Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur	www.mbwjk.rlp.de
Ganztagsschule in Rheinland-Pfalz	www.ganztagsschule.rlp.de
Bildungsserver Rheinland-Pfalz	www.bildung-rp.de
Landesvereinigung für ländliche Erwachsenenbildung in RLP e.V.	www.leb-rlp.de
Verband der Volkshochschulen von Rheinland-Pfalz e.V.	www.vhs-rlp.de
Kommunalakademie e.V.	www.komrp.de
Kulturbüro Rheinland-Pfalz	www.kulturbuero-rlp.de
ArgeLandentwicklung	www.landentwicklung.de
Deutsche Landeskulturgesellschaft - DLKG	www.dlkg.org

Ansprechpartner und Adressen

Westerwald-Osteifel 56410 Montabaur (Agrarwirtschaft – Verwaltung) Dienstsitze: 56727 Mayen (Landentwicklung - Agrarwirtschaft) 56727 Mayen (Bienenzucht) 56410 Montabaur (Landentwicklung)	dlr-ww-oe@dlr.rlp.de Bahnhofstr. 32 Bannerberg 4 Im Bannen 38 – 55 Tiergartenstr. 19	02602-9228-0 02651-4003-0 02651-960-50 02602-9228-0
Eifel 54634 Bitburg Dienstsitze: 54634 Bitburg (Grünland/Pflanzenbau) 54595 Prüm (Landentwicklung)	dlr-eifel@dlr.rlp.de Brodenheckstr. 3 Gerichtsstr. 2-4 Oberbergstr. 14	06561-9648-0 06561/9648-0 06551-944-0
Rheinpfalz 67435 Neustadt Dienstsitze: 67435 Neustadt (Landentwicklung) 53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler 55276 Oppenheim 54295 Trier	dlr-rheinpfalz@dlr.rlp.de Breitenweg 71 Konrad-Adenauer-Str. 35 Walporzheimer Str. 48 Wormser Strasse 111 Tessenowstr. 6	06321-671-0 06321-671-0 02641-9786-0 06133-930-0 0651-9776-0
Mosel 54470 Bernkastel-Kues Dienstsitze: 54295 Trier 54470 Bernkastel-Kues	dlr-mosel@dlr.rlp.de Görrestr. 10 Tessenowstr. 6 Gestade 12-14	06531-956-0 0651-9776-0 06531-956-0
Rheinhessen-Nahe-Hunsrück 55545 Bad Kreuznach Dienstsitze: 55276 Oppenheim 55469 Simmern (Landentwicklung)	dlr-rnh@dlr.rlp.de Rüdesheimer Str. 60 – 68 Wormser Str. 111 Schloßplatz 10	0671-820-0 06133-930-111 06761-9402-0
Westpfalz 67655 Kaiserslautern Dienstsitze: 67728 Münchweiler/A. (Agrarwirtschaft)	dlr-westpfalz@dlr-rlp.de Fischerstr. 12 Neumühle 8	0631-3674-0 06302-9216-0

Leader-Region	Region der Integrierten Ländlichen Entwicklung
Bitburg-Prüm www.bitburg-pruem.de	Bad Bergzabern Wissembourg www.ile.region.wissembourg.bad-bergzabern.de
Donnersberger und Lautrer Land www.donnersberger-lautrerland.de	Eifel-Ahr www.region-eifel-ahr.de
Erbeskopf www.lag-erbeskopf.de	Kaiserslautern www.ilek-westrich.de
Hunsrück www.lag-hunsrueck.de	Lahn-Taunus www.ilek-lahn-taunus.de
Mosel http://www.bernkastel-wittlich.de/lag-mosel.html	Landau www.ile-region-landau.de
Moselfranken www.lag-moselfranken.de	Maifeld-Pellenz www.ilek-maifeld-pellenz.de
Pfälzer Bergland www.landkreis-kusel.de	Nordpfalz www.region-nordpfalz.de
Pfälzerwald www.leaderplus-pfaelzerwald.de/	Nordpfälzer Bergland www.nordpfaelzerbergland.de
Rheinhessen-Zellertal www.rheinhessen-zellertal.de	Raiffeisenregion www.raiffeisen-region.de
Vulkaneifel http://www.bernkastel-wittlich.de/lag-vulkaneifel.html	Soonwald-Nahe www.bischoff-u-partner.de/24701/index.html
Welterbe Oberes Mittelrheintal www.lag-mittelrhein.de	Südpfalz www.ile-suedpfalz.de
Westerwald www.westerwald.rlp.de	Südwestpfalz www.ilek-suedwestpfalz.de

Impressum

Herausgeber:

Das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau des Landes Rheinland-Pfalz
Stiftsstraße 9, 55116 Mainz

Fachliche Zuständigkeit:

Referat 8604 - Landentwicklung, Bodenordnung und
Landeskulturverwaltung, Technik der Zahlstelle
MR Prof. Axel Lorig

Referat 8605 - Förderung der Landentwicklung, Investitionsförderung, Initiative Ländlicher Raum
MR Heinz Vogelgesang
ORR'in Sabine Deutschmann

Referat 8607 - Europäische Strukturpolitik für den ländlichen Raum
MR Franz-Josef Strauß

Bearbeiter des Konzeptes:

Prof. Axel Lorig
Stefan Post

Gestaltung:

Kirsten Kaufmann

Bildnachweis:

Mitarbeiter der Dienstleistungszentren Ländlicher Raum Rheinland-Pfalz
Rheinland-Pfalz Tourismus GmbH (Titelseite, Seite 13, Seite 20, Seite 30, Seite 41)
Gemeindeverwaltung Morbach (Seite 20, Seite 32/33)
Hartmut Mierenfeld, MWVLW (Seite 47, Seite 60/61)
Klaus-Dieter Krell, ADD (Karte, Seite 49)
Willi Maier, MWVLW (Seite 28)

Internet:

www.mwvlw.rlp.de
www.landschaft.rlp.de
www.landentwicklung.rlp.de
www.dlr.rlp.de

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Rheinland-Pfalz herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch Wahlbewerbern oder Wahlhelfern im Zeitraum von 6 Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen. Mißbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer Mitglieder zu verwenden.

Auszugsweiser Abdruck ist mit Quellenangabe unter Überlassung eines Belegexemplars gestattet.

Mainz (2008)



EUROPÄISCHE UNION
Europäischer Landwirtschaftsfonds für die
Entwicklung des ländlichen Raums:
Hier investiert Europa in die ländlichen Gebiete

